



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 1

Januar 1972

Aktuelle Umschau

S. 2

Pakistan

Karl Unger:

Der nationale und soziale Befreiungskampf in Bangla Desh
und der Krieg zwischen Pakistan und Indien

S. 3 – 7

„Rhodesien“

Lothar Killmer:

Monopolverschwörung gegen das Volk von Simbabwe
Pressespiegel

S. 8

S. 8

Afrika

Kurt Steinhaus:

Das Militärpotential des Kolonialismus und Neokolonialismus
in Afrika (3)

S. 9 – 10

Uruguay

D. Boris, E. Boris, W. Ehrhardt:

Vom „Wunderland“ zum Armenhaus

S. 10 – 17

Chile

E. Boris

Zur neuesten Entwicklung

S. 18

Kurznachrichten

S. 19 – 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erica Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AKTUELLE UMSCHAU

Im Dezember 1971 hat US-Präsident Nixon erneut den Bombenkrieg gegen die DRV eskaliert, wodurch besonders der vietnamesischen Zivilbevölkerung hohe Verluste zugefügt wurden. Und während sich dem weltweiten Protest gegen die verbrecherische Bombardierung Nordvietnams auch US-Senatoren anschlossen, betonte der zum damaligen Zeitpunkt zu Gesprächen mit Nixon in den USA weilende BRD-Bundeskanzler Brandt nicht nur die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen von BRD und USA, er forderte auch, daß es keine Schwächung der NATO und keinen Rückzug der US-Truppen aus der BRD geben dürfe. Nachdem mit dem Beschluß über weitere Devisenausgleichszahlungen die Bundesregierung ihre Bereitschaft zur materiellen Unterstützung des US-Aggressionskrieges in Indochina demonstrierte, hat sie mit der politischen Unterstützung des Bombenterrors ihr enges Bündnis mit dem US-Imperialismus erneut unter Beweis gestellt.

In dieser Situation haben zahlreiche demokratische und sozialistische Jugend- und Studentenorganisationen und Verbände (darunter auch DFG/JdK, Jungdemokraten, MSB Spartakus, SDAJ, SHB, VDS, Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, WUS) zur "Frühjahrskampagne für Abrüstung, Sicherheit und internationale Solidarität" aufgerufen, deren Höhepunkt eine "Aktionswoche" vom 25.3. bis 1.4.1972 bilden soll und die durch Massendemonstrationen und Kundgebungen abgeschlossen wird. Zur Vorbereitung dieser "Aktionswoche" werden u.a. vom 26.1. bis 10.2.1972 an verschiedenen Universitäten (bisher in Bochum, Frankfurt, Gießen, Karlsruhe, Köln, Mainz, München) Veranstaltungen zum Thema: "NATO? NEIN!" durchgeführt. Griechische und türkische Patrioten werden hier über die Beteiligung der NATO an den faschistischen Putschen referieren, zyprische Patrioten über die NATO-Strategie im Mittelmeerraum, Repräsentanten der Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien, insbesondere über die politische und militärische Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus durch Regierung und Rüstungskonzerne der BRD, westdeutsche Referenten werden in erster Linie über Probleme des Kampfes gegen den Militär-Industrie-Komplex, für Abrüstung und europäische Sicherheit sprechen.

2 Zur materiellen Hilfe für das kämpfende vietnamesische Volk und zur Solidarität

mit den indochinesischen Völkern hat die INITIATIVE INTERNATIONALE VIETNAM-SOLIDARITÄT aufgerufen.

Spenden werden eingezahlt auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam e.V.: 4 Düsseldorf, Bilkerstr. 35, PSchA Essen, PSK 90040, Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto 10162503

Zahlreiche Materialien: Wandzeitungen, Plakate, Flugblätter, Broschüren und Filme, die für örtliche Solidaritätsveranstaltungen nützlich sind, können über die INITIATIVE INTERNATIONALE VIETNAM-SOLIDARITÄT, 6 Frankfurt/M., Eichwaldstr. 32, Tel. 45 23 23 bezogen werden. Unter der gleichen Anschrift erteilt der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung nähere Informationen über Orte und Termine der "NATO-Veranstaltungen" sowie der "Frühjahrskampagne".

BESTELLUNGEN

für das
"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto,
Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33 %
Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
3550 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches
Informationsbulletin

2172

bringt u.a.:

Dokumente u. Analyse d.
Entwicklung in Chile

Angola: Rücknahme d. An-
erkennung der GRAE durch die OAU

Indochina: Die Ent-
wicklung im Jahr 1971

Redaktionsschluß für diese
Nummer war der 20. Dezember 1971

PAKISTAN

KARL UNGER:

DER NATIONALE UND SOZIALE BEFREIUNGSKAMPF IN BANGLA DESH UND DER KRIEG ZWISCHEN PAKISTAN UND INDIEN

Der Krieg zwischen Indien und Pakistan begann offiziell am 4. Dezember. Auftakt war der Überfall der pakistanischen Luftwaffe auf Indien, die nach israelischem Vorbild gleich am Beginn des Krieges versuchte die militärischen Kapazitäten des Gegners soweit wie möglich zu vernichten. Dem Fehlschlag des Luftüberfalls folgte der rasche Vormarsch der indischen Truppen in Ostpakistan, wo die Streitkräfte des Westens am 16.12.1971 bedingungslos kapitulierten.

Im folgenden soll kurz die Vorgeschichte der Klassenauseinandersetzungen in Pakistan untersucht werden, die Gründe, die zum Krieg führten und der Verlauf des Krieges selbst.

I.

Pakistan, das als Staat seit dem 14.8.1947 auf dem indischen Subkontinent besteht, ist vorwiegend ein Agrarland. Noch heute werden 46% des Nationaleinkommens im Agrarsektor produziert und zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten hier.¹⁾ Trotz der 1950-52 erzwungenen Landreform und verschiedener Verbesserungen in den Jahren bis 1960 hat sich grundsätzlich nichts an der Struktur des Agrarsektors geändert. Nach einem Bericht der Kommission für Landreform besitzen in Westpakistan 6 060 Großgrundbesitzer mehr Land als 3,3 Mio. Bauern.²⁾ Diese, um genau zu sein, 3 266 137 Bauern machen 64,4% der Bevölkerung aus, besitzen aber nur 15,25% des Bodens.³⁾ Unter ihnen befinden sich aber auch noch 742 216 Bauern, die weniger als 0,4 ha Boden besitzen und somit eigentlich zur Kategorie der landlosen Bauern (2,5 Mio.) gehören.⁴⁾ Die Situation in Ostpakistan ist keineswegs anders: 80% des Landes befinden sich in den Händen der Groß-

grundbesitzer, und mehr als die Hälfte der Bauern verfügt durchschnittlich über nicht mehr als 0,8 ha pro Familie.⁵⁾ Unterstützt von den Exekutivorganen des Staates, können die Großgrundbesitzer heute noch 60-70%, ja sogar bis 90% des Jahresertrages als Pacht fordern.⁶⁾

Eine kleine Gruppe von Industriellen und Großgrundbesitzern⁷⁾ bildete den Kern der herrschenden Klasse; der Staats- und Verwaltungsapparat war ihr Werkzeug. So schrieb selbst die konservative "Pakistan Times": "Ministerposten werden wie Schwarzmarktgüter gehandelt, Regierungen werden gemacht oder zerstört wie Börsengeschäfte, und Ministerpräsidenten kommen und gehen wie die Besucher eines Hauses, das einen schlechten Ruf hat".⁸⁾

Schon seit 1947 betrieb diese Clique eine Politik der konsequenten Ausplünderung des östlichen Landesteils. Das betrifft vor allem die Deviseneinnahmen Ostpakistans, das bekanntlich der größte Juteproduzent der Welt ist. Während Ostpakistan Exportüberschüsse erzielte und damit Devisen nach Pakistan brachte, ist die Handelsbilanz des Westens chronisch negativ. Diese von Ostpakistan gegebenen Devisensubventionen beliefen sich für die Zeit zwischen 1947 und 1962 auf 6 039,6 Mio. Rupien.⁹⁾

Auch die industrielle Entwicklung vollzog sich in Westpakistan schneller als im Osten. 1966/67 verfügte Ostpakistan über 1 098 Mittel- und Großbetriebe, also nicht einmal soviel wie ganz Pakistan am Ende der Kolonialherrschaft.¹⁰⁾ Damit erzeugt es nur 2% der metallischen Grundstoffe und Elektrowaren, 4% der Fußbekleidung, 5% der Maschinen und 22% der Textilien.¹¹⁾ Somit wird Ostpakistan allein schon infolge dieses Gefälles weiter ausgebeutet. Diese Ausbeutung vollzieht sich nach dem simplen kolonialistischen Schema: Ostpakistan liefert die billigen Rohstoffe in den Westen und dieser die teureren Fertigwaren und Konsumgüter in den Osten. Daher ist es nur selbstverständlich, daß die Handelsbilanz zwischen den beiden Landesteilen ein ständiges Defizit für Ostpakistan aufweist (1948-68 insgesamt 5 800 Mio. Rupien).¹²⁾

Diese Politik des wirtschaftlichen Ausbaus Westpakistans auf Kosten des östlichen Landesteils wird durch die Fünfjahrpläne der Regierung noch gefördert. So

zeigt ein Vergleich der öffentlichen und privaten Investitionen in den ersten drei Jahren des 3. Fünfjahrplanes (1965-68), daß nur 37% nach Ostpakistan, aber 63% in den Westen gingen.¹³⁾ Außerdem hatte Westpakistan bereits in den vorigen Fünfjahrplänen den größten Teil des Investitionsaufkommens an Land gezogen - für den Ausbau der neuen Hauptstadt Islamabad und den Mangla- und Tarbeladamm. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß Ostpakistan fast jährlich von Flutkatastrophen heimgesucht wird und daß daher gerade hier Dammbauten noch wesentlich wichtiger gewesen wären als im Westen.

Dies alles hat natürlich seine unmittelbaren Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen in Ostpakistan. Zwar ist das Pro-Kopf-Einkommen in Pakistan in der letzten Dekade um 29% gestiegen, aber das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist im Osten mit 98 Rupien fast um die Hälfte niedriger als im Westen mit 178 Rupien.¹⁴⁾ Infolge der Inflation sind die Löhne in Ostpakistan während der letzten Dekade um 30% gesunken.¹⁵⁾ Dafür sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel bedeutend angestiegen. Der Preis für Reis, Weizen und Senföl pro Einheit beträgt im Westen 20, 25 bzw. 2,5 Rupien; im Osten dagegen 45, 35 bzw. 5 Rupien.¹⁶⁾ Diese Preissteigerungen führten dazu, daß in Ostpakistan in der Zeit zwischen 1964/65 und 1968/69 der Pro-Kopf-Verbrauch von Körnerfrüchten um 3,2%, von Speiseöl um 34,8% und von Kleidung um 34,2% gesunken ist.¹⁷⁾

Dies ist der ökonomische Rahmen, in dem die politische Entwicklung in Ostpakistan gesehen werden muß. Wann immer das Volk um seine Rechte, seien sie nun kultureller, sozialer oder politischer Art, kämpfte, war es jedesmal ein bewußter Kampf gegen die wirtschaftliche Ausplünderung durch die westpakistanische Bourgeoisie.

II.

Zentrales Problem der pakistanischen Außenpolitik ist das ständig am Rande eines offenen Konflikts schwebende Verhältnis zu seinem militärisch und ökonomisch überlegenen Nachbarstaat Indien. Dies ist das erste Moment, aus dem sich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den Großmächten ableiten.

Da eine der wesentlichsten Begründungen für die Schaffung eines eigenen Staates

die befürchtete Hinduherrschaft war, aber Pakistan seinem Hindunachbarn noch immer völlig unterlegen ist, ergibt sich bereits aus dem Ziel der staatlichen Konsolidierung die Frontstellung gegen Indien.

Da Indien nach seiner Unabhängigkeit einen relativ antiimperialistischen Kurs in der Außenpolitik steuerte und freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR und zur VR China aufnahm, ergab sich aus oben definierter Frontstellung, daß sich Pakistan dem imperialistischen Lager anschloß. Dies fiel der herrschenden Klasse um so leichter, weil sie ohnehin ökonomisch und politisch eng mit den Imperialisten verbunden war. Pakistan orientierte sich in der Außenpolitik an den USA. Dies hatte zwei Effekte: Mittels US-amerikanischer Waffen- und Ausbildungshilfe konnte Pakistan die militärische Überlegenheit Indiens teilweise ausgleichen und zum anderen seine eigene internationale Position im Sog der USA aufwerten. Außerdem wurde Indien durch die vehemente Aufrüstung Pakistans gezwungen, Industriekapazitäten aus den produktiven Sektoren der Volkswirtschaft abzuziehen, und sie ebenfalls zum Ausbau der eigenen Rüstung einzusetzen. Die wichtigsten Schritte dieser Politik waren der pakistanisch-amerikanische Militärvertrag vom 19.5.1954, der Beitritt zur SEATO¹⁸⁾ (8.9.1954) und zum Bagdadpakt (23.9.1955), der später in CENTO¹⁹⁾ umbenannt wurde. Die SEATO war vor allem gegen die VR China, die CENTO gegen die USSR gerichtet. Übrigens wurde in Pakistan ähnlich wie in der BRD, wo vor dem Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der KPD-Verbotsantrag gestellt wurde, vor dem Eintritt in die SEATO am 5. Juli 1954 die Kommunistische Partei verboten.

Daß während des Kaschmirkonflikts nicht nur Pakistan, sondern auch Indien von den USA Waffen erhielt, resultiert nicht aus einer prinzipiellen Änderung der imperialistischen Politik, sondern aus taktischen Überlegungen, da es zu diesem Zeitpunkt möglich erschien, Indien enger an die imperialistischen Mächte zu binden.

Durch die hier beschriebene Politik wurde Pakistan außenpolitisch gesehen zum permanenten Konfliktherd auf dem indischen Subkontinent und zum Bestandteil des strategischen Aufmarschgebietes gegen die sozialistischen Staaten. Innenpolitisch vertiefte natürlich die überwiegende Orien-

tierung auf Militärfragen (rund 50% des Gesamthaushaltes wurden für militärische Zwecke ausgegeben) die auftretenden sozialen und ökonomischen Probleme, verhinderte deren Lösung und führte zum verstärkten Kampf der demokratischen, antifeudalen und antiimperialistischen Bewegung. Die Bindung an den Imperialismus stärkte und konservierte die Herrschaft der reaktionären Elemente im gesamtgesellschaftlichen Bereich. Der besondere Stellenwert Pakistans innerhalb der imperialistischen Globalstrategie ergibt sich aus der Tatsache, daß Pakistan, seit Persien durch die Politik der UdSSR als CENTO-Macht außenpolitisch relativ neutralisiert wurde (was natürlich nichts an den inneren Zuständen in Persien zu ändern vermochte), und sich nicht mehr in dem Maß wie früher zu Subversions- und Diversionen zwecken mißbrauchen läßt, einer der wichtigsten US-Stützpunkte nicht nur in Südasien, sondern auch im Mittleren Osten ist. Ein Ausscheren Pakistans aus dem imperialistischen Lager würde den ohnehin brüchig gewordenen Ring um die sozialistischen Staaten (NATO, CENTO und SEATO) völlig durchlöchern.

III.

Nach dem Sturz Ayub Khans (21.2.1969) kündigte der neue Militärdiktator Yahya Khan zum ersten Mal nach über 10 Jahren Wahlen für den 5.10.1970 an. Diese Wahlen mußten infolge der Flutkatastrophe in Ostpakistan auf den 7. Dezember verschoben werden. Dabei gewann die Awami-Liga in der Nationalversammlung 167 Sitze (insgesamt waren 313 zu vergeben). Während die Awami-Liga damit nur zwei der in Ostpakistan zu vergebenden Sitze nicht gewann, gewann in Westpakistan die Partei des ehemaligen Außenministers Bhutto die Mehrheit der Sitze (84) - allerdings nicht in ganz Westpakistan, sondern nur in zwei Provinzen, so daß nicht gesagt werden kann, Bhutto vertrete Westpakistan.

Die Awami-Liga hatte ihren Wahlkampf auf der Basis des 6-Punkte-Programms geführt und außerdem noch eine Reihe zusätzlicher Forderungen erhoben. Die wichtigsten davon sind: Eliminierung der Monopole und Kartelle, Einführung einer progressiven Besteuerung und einer Sondersteuer für Luxuskonsum, Förderung der Klein- und Mittelbetriebe des Textil- und Eisenwarenssektors, Schaffung von Kooperationen, Nationalisierung des Jutehandels, Schaffung stabiler

Preise für landwirtschaftliche Produkte, Zerschlagung des feudalen Großgrundbesitzes, Senkung der Pachten, Schaffung kostenlosen Schulunterrichts für alle Kinder innerhalb von fünf Jahren, Gewährung des Streikrechts und des Rechts auf Gewerkschaften für die Arbeiter, Anhebung der Löhne, sofortiger Austritt aus der SEATO und der CENTO sowie aus allen anderen Militärpakten.²⁰⁾ Auch dieses Programm zeigt ganz klar, daß die Awami-Liga keine nationalistische, sondern eine demokratische und fortschrittliche Partei ist, die im wesentlichen die Interessen der Kleinbourgeoisie, aber auch der Arbeiter und Bauern vertritt.

DAS SECHS-PUNKTE-PROGRAMM DER AWAMI-LIGA

1. Die Verfassung von Pakistan muß föderalistisch und parlamentarisch sein, mit einer auf der Basis des Erwachsenenwahlrechts direkt gewählten Legislative.
2. Es sollte (I.) getrennte, frei gegeneinander konvertierbare Währungen für die beiden Teilstaaten geben oder (II.) als Alternative eine Währung, die gesetzlichen Schutzregelungen gegen Kapitalflucht vom östlichen zum westlichen Landesteil unterworfen ist.
4. Die Hoheit für Steuer- und Staatseinnahmen wird den Bundesstaaten gegeben; die Zentralregierung wird finanziert durch Zuteilung eines Teils der Steuern der Teilstaaten.
5. Für Ost- und Westpakistan werden getrennte Devisenkonten geführt, die Forderungen der Zentralregierung werden durch die beiden Teilstaaten im gleichen Verhältnis oder auf einer anderen Basis, die vereinbart werden kann, befriedigt.
6. Eigene Kompetenz Ostpakistans in Verteidigungsangelegenheiten; eine Waffenfabrik und eine Militär-Akademie werden in Ostpakistan errichtet, das zentrale Marine-Hauptquartier wird nach Ostpakistan verlegt.

(Quelle: Pakistan Observer, 2. Mai 1967)

Die erste Sitzung der neuen Nationalversammlung sollte am 3. März 1971 stattfinden. Plötzlich weigerte Bhutto sich aber, mit Rahaman auf der Grundlage des 6-Punkte-Programms zu verhandeln, und verlangte eine Verschiebung des Termins. Daraufhin rief die Awami-Liga zu einem friedlichen General-

streik für die Zeit vom 3.-6. März auf, um gegen die Verschleppung zu protestieren. In seinem Aufruf warnte Mujibur Rahaman davor, Gewalt anzuwenden, da dies nur im Interesse von Agents provocateurs wäre und der Sache des Volkes schaden würde.²¹⁾ Die Zentralregierung aber setzte die Armee gegen die streikenden Arbeiter ein, und es wurden rund 300 Menschen getötet.²²⁾ Inzwischen gab Yahya Khan bekannt, daß er die Nationalversammlung für den 25. März einberufen habe. Einen Tag später, am 7. März, sprach Rahaman in Dacca; dabei entwickelte er einen 4-Punkte-Katalog, nach dessen Annahme seine Partei überlegen werde, ob sie an der Nationalversammlung teilnehme. Er forderte die Übergabe der Macht an die gewählten Volksvertreter, die Aufhebung des Kriegsrechts, den Rückzug der Armee in ihre Quartiere und eine Untersuchung über die Massenerschießungen. Außerdem forderte er die Bevölkerung auf, vom 8. März angefangen eine friedliche "Bewegung der Nichtzusammenarbeit" gegen Regierung und Armee durchzuführen, bis diese vier Punkte verwirklicht worden seien.²³⁾

Die Massaker der Zentralregierung im östlichen Landesteil setzten jetzt mit unvermittelter Brutalität ein.

Der seit Ausbruch der Kämpfe anhaltende Strom von Flüchtlingen in das benachbarte Indien verstärkte sich, bis schließlich über 10 Millionen Bengalen, das sind über 13% der Bevölkerung von Bangla Desh, in indischen Lagern lebten.

Gleichzeitig nahm aber der bewußteste Teil der Bevölkerung den Kampf in der Form des Guerillakampfes wieder auf für die Befreiung des Landes von der westpakistanischen Militärdiktatur und für eine radikale Bodenreform.

IV.

Warum führte nun diese schwere Klassenauseinandersetzung zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan?

Dafür gibt es mehrere Gründe: Der aus der Kolonialzeit herrührende, und von den Briten geschürte Religionskonflikt zwischen Moslems und Hindus führte zu einer Feindstellung gegenüber Indien. Diese Situation nutzte die herrschende Klasse Pakistans innenpolitisch stets geschickt aus: Streiks, Bauernaufstände, ja selbst die erste demokratische Provinzregierung Ostpakistans unter Fazlul Haq, der einige Verbesserungen

für die Bauern durchführen wollte, wurden mit dem Hinweis, daß die Anführer indische Agenten seien, vom Militär auseinandergejagt. Die Führer verschwanden im Gefängnis. Die hier zu Grunde liegende Struktur findet sich in einer der Ursachen dieses Krieges wieder: Mit der Orientierung auf den äußeren Feind wird von den inneren Schwierigkeiten abgelenkt, wie generell die Herkunft sozialer Konflikte als das Werk geschickter und bewußter Drahtzieher ausgegeben wird, um zu verdecken, daß sie dem Gesellschaftssystem immanent sind. Wenn also, um diese Theorie konsequent zu verfolgen, die Befreiungskämpfer aus Indien stammen, dann gibt es nur ein Mittel, ihrer Herr zu werden, man muß nicht nur möglichst viele Ostbengalen töten, sondern auch die indische Provinz Westbengalen säubern, d.h. Krieg mit Indien führen.

Der Verlauf des Krieges hat nun aber gezeigt, daß die pakistanische Militärregierung in ihrem Versuch, den Krieg nach Indien hineinzutragen und Indien an der Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Bangla Desh zu hindern, gescheitert ist. Aber auch beim zweiten Ziel des Krieges, die bengalische Befreiungsbewegung zu zerschlagen, ist die Yahya Khan-Clique gescheitert. Das Volk und die Befreiungsarmee von Bangla Desh sind durch diesen Krieg nicht geschwächt, sondern gestärkt worden und ihre Bedeutung ist im Verlauf der Kampfhandlungen ständig gewachsen. Ausdruck dafür ist u.a. der schnelle Vormarsch der indischen Truppen, der bei den gegebenen geografischen Verhältnissen nur möglich war, weil sie die tatkräftige Unterstützung des Volkes und der Befreiungsarmee genossen, und zu Recht als Befreier und nicht als Unterdrücker angesehen wurden.

Die häufig vorkommende Auffassung, Indien habe sich der Aggression schuldig gemacht oder doch zumindest Pakistan zum Krieg provoziert, entspricht nicht den Tatsachen: Indien hat seit Frühjahr 1971 die pakistanische Regierung mehrfach aufgefordert, sich für das Ostbengalen-Problem um eine politische Lösung zu bemühen, die es den über 10 Millionen Flüchtlingen ermögliche, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Yahya Khan-Clique hat jedoch den Terror in Ostbengalen noch verschärft - offensichtlich nicht zuletzt auch in der Hoffnung, Indien ökonomisch zum Bankrott zu bringen. Denn

Indien war zweifellos außerstande, die Kosten für den Unterhalt der Flüchtlinge (nach UNO-Schätzungen über eine Milliarde Dollar jährlich) über längere Zeit aufzubringen.

Allein das Flüchtlingsproblem machte es für Indien zur unbedingten Notwendigkeit, die nationale Befreiungsbewegung von Bangla Desh zu unterstützen. Denn offensichtlich war aufgrund der Halsstarrigkeit der westpakistanischen Militärdiktatur jeder andere Weg zu einer politischen Lösung verbaut.

Inzwischen sind die Würfel gefallen: trotz der Unterstützung der westpakistanischen Machthaber durch die Regierungen der USA und der VR China ist die Volksrepublik Bangla Desh eine politische Realität geworden, an der niemand - auch die Flugzeugträger der 7. Flotte - etwas ändern wird. Das Schicksal des neuen Staates liegt in den Händen des Volkes von Bangla Desh. Für die Lösung der komplizierten Probleme, die die schweren Kriegszerstörungen und die weitgehende Niedermetzlung der ostbengalischen Intelligenz durch die pakistanische Soldateska aufwerfen, bieten die Vorschläge der Kommunistischen Partei von Bangla Desh, die nach 17 Jahren opferreicher Illegalität ihre legale Tätigkeit wieder aufgenommen hat, eine konstruktive Grundlage:

Ihr Generalsekretär, Abdus Salam, betonte, seine Partei strebte die Bildung einer Nationalen Front an, die auf allen Ebenen wirksam wird. Ein guter Anfang könnte darin bestehen, dem 5-Parteien-Komitee, das die Regierung berät, größere Befugnisse einzuräumen und es politische Entscheidungen treffen zu lassen. Die Kommunistische Partei von Bangla Desh werde sich auf jeden Fall weiterhin für die Einheit aller linken, patriotischen und antiimperialistischen Kräfte einsetzen.

Abdus Salam befürwortete eine Außenpolitik Bangla Deshs, zu deren Wesenszügen "feste und unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern" gehören müsse. Es gehe um eine aktive Politik gegen den Krieg und den USA-Imperialismus mit seinen Militärpakten. China habe vor den UNO eine "unglaubliche und schamlose Haltung" eingenommen. In der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit gelte es, die objektiv proimperialistische Politik Chinas zu verurteilen und entschlossen an der Seite der Sowjetunion zu stehen, die ein treuer Verbündeter aller um Freiheit kämpfenden Völker ist.

Anmerkungen:

- 1) Horizont, Nr. 49/1970, S.13
- 2) Das, Tapan, Why Bangla Desh, in: Sase for Bangla Desh, New Dehli, 1971, S.82
- 3) Tariq Ali, Revolutionary Perspectives for Pakistan, in: New Left Review, Nr.63 (Sept./Okt. 1970), S.43-55, hier: S.47
- 4) Ebd.
- 5) Das, op. cit., S.82
- 6) Ebd.
- 7) Daß Pakistan von 22 Familien beherrscht wird, ist inzwischen bereits zum Gemeinplatz in der Literatur geworden. Selbst die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) verwendet diesen Ausdruck und gibt an, daß diese Familien 70% der Schlüsselindustrien sowie das Bank- und Versicherungswesen kontrollieren (NZZ v. 26.4.1969).
- 8) Zit. n. Das, op. cit., S.85
- 9) Monthly Foreign Trade Statistics of Pakistan, June 1967
- 10) Das, op. cit., S.87
- 11) Ebd.
- 12) Ebd., S.89
- 13) Ebd., S.90
- 14) Government of the People's Republic of Bangla Desh (Hrsg.), Economic Exploitation of Bangla Desh, o.O., o.J. (1971), S.1
- 15) Das, op. cit., S.93
- 16) Ebd.
- 17) Ebd.
- 18) Südostasien-Pakt
- 19) Zentrale Pakt-Organisation
- 20) Zit. nach einer Rundfunkrede von Mujibur Rahaman am 28.10.1970. Abgedruckt in: Case for Bangla Desh, op. cit., S.17-24
- 21) Zit. nach Why Bangla Desh, op. cit., S.16
- 22) Ebd., S.46, und internationale und westdeutsche Presse der ersten Märzwoche
- 23) Letter to Fraternal Communist and Worker's Parties on the Situation in Bangla Desh from the Communist Party of East Pakistan (Bangla Desh), New Dehli, 1971, S.15



"This way I can help the poor fellow without having to harm my pet snake."

„Auf diese Weise kann ich dem armen Kerl da drin helfen, ohne Krach mit meiner Liebesschlange zu kriegen.“

"RHODESIEN

LOTHAR KILLMER:
MONOPOLVERSCHWÖRUNG GEGEN DAS VOLK VON SIMBABWE

Die britisch-rhodesischen Verhandlungen, seit sechs Jahren mit der „abtrünnigen“ Kolonie geführt, fanden immer wieder Schlagzeilen und rührende Kommentare in den Westgazetten. Unverdient, wie das jetzt vorliegende 5-Punkte-Ergebnis beweist. Denn — wie wir schon immer betonten — geht es den Gentlemen der Londoner City nicht um die Beseitigung eines der barbarischsten Systeme unserer Zeit, wie sie der Welt gern einreden möchten, sondern nur um seine „demokratische“ Maskierung: Salisbury denkt nicht daran, Wahlen nach dem Grundsatz „Ein Mann — eine Stimme“ durchzuführen, denn das würde eine afrikanische Regierung an die Macht bringen; Salisbury ist nur „salten“, mehr Afrikanern Stimmrecht und mehr Posten in der Verwaltung zu geben und ihnen Boden abzutreten. Zyniker haben bereits ausgerechnet, daß — wenn alles „gut“ geht — die Afrikaner den Wahlstimmanteil ihrer Unterdrücker im Jahre 2000 erreichen würden.

Doch sehen wir uns jenes 390 000 km² große Land zwischen Sambesi und Limpopo etwas näher an, das seine afrikanische Bevölkerung Simbabwe, seine nur 250 000 zählende weiße Herrenschicht Rhodesien nennt: Eine Handvoll Grund-, Minen-, Bank- und Fabrikbesitzer hat schon in der britischen Kolonialzeit über fünf Millionen Matabele, Mashona und andere Afrikaner ein immer brutaleres Ausbeutungssystem errichtet, das heute der südafrikanischen Apartheid ähnelt. Die Bevölkerungsmehrheit ist rechtlos (kaum 9000 Afrikaner sind wahlberechtigt), ihre Führer sind eingekerkert und ihre Organisationen verboten. Wer sich im Netz drakonischer „Gesetze“ fängt, den erwarten

AUS: ND, 27.11.71

PRESSESPIEGEL

Die britische Regierung hat sich nach Informationen der AP damit einverstanden erklärt, die Unabhängigkeit Rhodesiens anzuerkennen. Die rhodesische Regierung soll dafür im Austausch Konzessionen zur Verbesserung des politischen und wirtschaftlichen Status der fast fünf Millionen Schwarzen im Land zugesagt haben. Nach Darstellung von Konferenzkreisen, meldet AP weiter, sollen die Abmachungen gewährleisten, daß die Regierungsgewalt in Rhodesien für mehr als 25 Jahre weiter „in weißer Hand“ bleibt.

Der südafrikanische Ministerpräsident Vorster schrieb in einem Glückwunsch an beide Regierungen, er sei „glücklich, daß die Regierungen Großbritanniens und Rhodesiens zu einer Einigung gekommen sind“. Oppositionsführer de Villiers bezeichnete in Pretoria die Nachricht als „gute Neuigkeit für alle Freunde Rhodesiens und alle Südafrikaner“. Auch in Portugal wurde die Nachricht sehr positiv aufgenommen (FAZ 25.11.71)

„Wenn wir hier jetzt Kaffernherrschaft bekommen,“ sagte letzte Woche eine weiße Andenkenverkäuferin in Salisbury, „ziehe ich fort“. Sie wird bleiben können. Denn alles, was Ian Smith Sir Alec konzidierte, zementiert auf Jahrzehnte hinaus die Herrschaft der weißen Rhodesier über ihr 390 000 Qua-

Vernehmungsfolter, KZ oder Tod. Dazu sind aufgeboten: eine Armee mit Luftwaffe, acht Bataillone Territorialtruppen, eine Miliz, die fast jeden weißen Mann erfaßt, und eine gutgerüstete, mobile Polizei.

Dieses unmenschliche System haben Simbawes Patrioten nie hingenommen. Der Widerstand verstärkte sich, als „Premier“ Ian Smith am 11. November 1965 die „Unabhängigkeit“ verkündete und am 2. März 1970 die „Republik Rhodesien“ proklamierte. London reagierte mit lendenlahmen Protesten, die UNO und der Sicherheitsrat dagegen mit gezielten Boykottbeschlüssen, Simbawes Freiheitskämpfer mit bewaffneten Aktionen: Im August 1967 kam es im Westen und im März 1968 im Norden des Landes zu Feuergefechten. Aktionen gegen den Flugplatz Victoria Falls und gegen Posten an der Sambesi-Grenze folgten. Salisbury antwortete mit Verhaftungen, Hinrichtungen und der Ausdehnung der Rassengesetzgebung.

Im Grunde setzen die Rassisten nur fort — wenn auch zugespitzt —, wozu die britischen Kolonialherren seit Cecil Rhodes den Grundstein legten. Die „Landakte“ z. B., die die afrikanische Bevölkerung vom angestammten Boden verjagte, um sie zur Arbeit auf den Großfarmen und in den Minen zu zwingen, stammt — aus dem Jahre 1930. Ian Smith' neues Bodengesetz stellt nur eine Erweiterung dar — zur Beseitigung von „Mischsiedlungen“. Es ist auch ein Fakt aus der Kolonialzeit, daß die Afrikaner an den reichen Bodenschätzen ihrer Heimat (Asbest, Gold, Kohle, Kupfer, Chrom, Zinn, Kalkstein, Lithium, Eisen, Phosphate, Tantalit-Kolumbit.

dratkilometer großes Land und seine nichtweiße Mehrheit — in gradiell gemilderter Form. Bis aber die „Kaffern“ jene an Schulbildung und Steueraufkommen gekoppelten Wahlrechtsqualifikationen erfüllen, mit deren Hilfe sie dann theoretisch gleich viele oder mehr Abgeordnete als die Weißen stellen können, ziehen sicher mehr als jene zehn Jahre ins Land, während derer London mit je fünf Millionen Pfund Ausbildungs- und Erwerbchancen der Afrikaner verbessern helfen will.

(DIE WELT, 29.11.71)

ds. LONDON, 24. November. Der „Friedensschluß“ zwischen England und Rhodesien wurde an der Londoner Börse mit lauten Jubelrufen begrüßt. Rhodesische Staatsanleihen schossen um 25 bis 30 Prozent in die Höhe, da nun die Honorierung der notleidenden Kupons mit Sicherheit erwartet wird. Die Anteile englischer Industrie- und Mininggesellschaften mit Direktinteressen und mit sechs Jahre lang eingefrorenen Aktiva und Gewinnanteilen in Rhodesien wurden in großen Posten zu sprunghaft steigenden Kursen gekauft. (FAZ 25.11.71)

Seit vor 14 Tagen die provisorische Verständigung zwischen Premierminister Ian Smith und dem britischen Außenminister erwarten ließ, daß die von den Vereinten Nationen vor sechs Jahren über Rhodesien verhängten Wirtschaftssanktionen für alle praktischen Zwecke unwirksam geworden

Glimmer, Beryllium und Halbedelsteine) keinen Teil haben. Das jährliche Durchschnittseinkommen der 250 000 Nichtafrikaner beträgt heute etwa 1400 Pfund Sterling (£st), das der Simbabwe 140 £st.

Billigste Arbeitskräfte und Sicherheit für Kolonialraub sind ja auch die Gründe, weshalb 200 britische Konzerne in Simbabwe 290 Tochtergesellschaften gründeten, 200 Mio £st in die Wirtschaft steckten und jährlich 10 bis 15 Prozent Reingewinn einstreichen. Der Profitgeruch lockte auch andere Monopolhaie an, z. B. die der USA. Längere Zeit aus taktischen Gründen im Halbschatten (um in der UNO nicht noch mehr aufzufallen), traten sie im März

1971 offen auf dem rhodesischen Markt als Großaufkäufer für Virginatabak auf, nachdem kurz zuvor die Nixon-Administration auch die Genehmigung zum Kauf von 150 000 t rhodesischen Chromerzes bekanntgegeben hatte. Nicht zu reden von dem schier unentwirrbaren Geflecht britischer, amerikanischer, südafrikanischer und BRD-Gesellschaften, die sich in Rhodesien bereichern. Übrigens weilte im Frühling dieses Jahres auch Franz Josef Strauß wieder einmal als willkommener Gast in Salisbury, wo er handfeste Monopolinteressen wahrnahm.

Zu deren Schutz wurden die UNO-Sanktionen frech boykottiert und alle Maßnahmen ergriffen, um Ian Smith' Barbarenherrschaft als Vorposten des ganzen aggressiven Verbundsystems in Südafrika zu halten: des Apartheid-Imperialismus in Pretoria, des portugiesischen Kolonialfaschismus in Angola und Moçambique. Und den Dauerregen erhält diese unhellige Allianz in Gestalt von Militärhilfe der stärksten NATO-Staaten.

sind — auch wenn an eine formale Aufhebung durch den Weltsicherheitsrat auf absehbare Zeit kaum zu denken sein mag —, geben Industrielle und Außenhändler aus aller Welt sich auf der Suche nach Kunden in Salisbury und Bulawayo die Türknäcke in die Hand. Unter ihnen sowohl Amerikaner und Japaner, wie Briten, Franzosen, Deutsche und angeblich selbst Österreicher, manche von ihnen sogar als Mitglieder mehr oder weniger offizieller oder offiziöser Missionen.

(HB 9.12.71)

„Die Sowjetunion erkennt das rassistische Regime nicht an und weist jegliche Manöver zurück, die darauf abzielen, diesem Regime ‚legalen‘ Charakter zu verleihen. Die Sowjetunion war und ist konsequent dafür, daß entsprechend den Beschlüssen des Sicherheitsrates und der UNO-Vollversammlung wirksame Maßnahmen eingeleitet werden, die darauf gerichtet sind, das rassistische Regime in Südrhodesien zu beseitigen und die Macht sofort in die Hände seines rechtmäßigen Herrn, des Simbabwe-Volkes, zu legen.“

(TASS NACH: ND, 5.11.71)

AFRIKA

Die 1. und 2. Folge dieser Übersicht "Das Militärpotential des Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika" erschienen in AIB Nr. 5 bzw. 11/12, Jg. 1971.

In AIB 2/1972 wird eine weitere Fortsetzung über die militärische Bedrohung Afrikas durch den britischen Imperialismus erscheinen.

KURT STEINHAUS:

DAS MILITÄRPOTENTIAL DES KOLONIALISMUS UND NEOKOLONIALISMUS IN AFRIKA (3)

3 Der französische Imperialismus

Neben Portugal und Spanien gehört Frankreich zu den drei traditionellen Kolonialmächten, die immer noch Truppen in Afrika unterhalten - und zwar sowohl auf dem Territorium junger Nationalstaaten als auch noch in einem Kolonialgebiet. Die auf Afrika bezogene Militärpolitik des französischen Imperialismus trägt so teilweise noch kolonialistische, überwiegend jedoch neokolonialistische Züge. Sie ist im übrigen auch nicht auf direkte militärische Präsenz beschränkt, sondern beinhaltet zusätzlich die verschiedensten Formen imperialistischer "Militärhilfe".

Zunächst einige Daten zum französischen Militärpotential insgesamt:

Frankreich ist ein hochentwickeltes Industrieland. Es übertrifft z.B. die Gesamtheit der OAU-Staaten (d.h. Afrika ohne Südafrika und "Rhodesien") nach dem Stand von

- 1968 bei der Erzeugung von Elektroenergie um das 4,2 fache (117,9 Mrd kWh gegenüber 22,6 Mrd kWh),
- 1969 bei der Rohstahlproduktion um das 74 fache (22,5 Mio t gegenüber 0,3 t).¹⁾

Entsprechend dem hohen Stand der industriellen Entwicklung ist der französische Imperialismus imstande, starke und modern (u.a. mit Kernwaffen) ausgerüstete Streitkräfte zu unterhalten.²⁾ 1971 verfügte Frankreich über reguläre Streitkräfte in Stärke von 502.000 Mann:

- Heer: 329.000 Mann;
- Luftwaffe: 104.000 Mann mit u.a. rund 500 Kampfflugzeugen sowie 400 Transportflugzeugen und Hubschraubern;³⁾
- Marine: 69.000 Mann mit u.a. 19 U-Booten, 4 Flugzeug- bzw. Hubschrauberträgern, 1 Kreuzer, 46 Zerstörern und Fregatten, 19 Schiffen für Landungsoperationen, 103 sonstigen Kriegsschiffen, 200 Marinekampfflugzeugen.

Seit dem Zerfall seines Kolonialreiches hat Frankreich ständig seine Streitkräfte auf afrikanischem Boden reduziert. Nach dem Stand von 1971 befinden sich in Form geschlossener Kontingente noch 11.500 französische Soldaten in Afrika:

In der letzten französischen Kolonie in Afrika Afars und Issas (früher "Französisch Somaliland", heute formell ein "Überseeterritorium")⁴⁾ sind 4.900 Mann stationiert, nämlich

- 3.600 Mann Heer,
- 500 Mann Luftwaffe (1 Staffel Jagdbomber, 1 Staffel mit Transportflugzeugen und Hubschraubern),
- 300 Mann Marine (mit einigen Minensuch- und Landungsbooten),
- 500 Mann Gendarmerie.

Damit kommen (ohne Gendarmerie) auf je 100 Einwohner der Kolonie (Bevölkerung ca. 80.000) sechs Soldaten. Wollte Frankreich für seine eigene Bevölkerung die gleiche Relation erreichen, müßte es Streitkräfte in Stärke von über 3 Mio Mann unterhalten!

Frankreich hat bilaterale Verteidigungsabkommen mit 12 afrikanischen Staaten geschlossen und unterhält in sechs von ihnen Truppen in Stärke von 6.600 Mann, nämlich:

- im Tschad: 1.300 Mann (600 Mann Heer, 700 Mann Luftwaffe mit 6 Transportflugzeugen und 10 Hubschraubern);
- in Gabun: 200 Mann Heer;
- in Elfenbeinküste und Niger: 600 Mann Heer;
- in Senegal: 2.000 Mann (1.200 Mann Heer, 300 Mann Luftwaffe und mit 6 Transportflugzeugen, 500 Mann Marine mit 2 Geleitbooten);
- auf Madagaskar: 2.500 Mann (1.250 Mann Heer, 800 Mann Luftwaffe mit einer Jagdbomber-Staffel und 6 Transportflugzeugen, 450 Mann Marine und 1 Fregatte und 2 Minensuchbooten).

Angesichts der Tatsache, daß die meisten afrikanischen Armeen weniger als 5.000 Mann (mit vergleichsweise schwacher

und veralteter Bewaffnung) umfassen, stellen die direkt auf afrikanischem Territorium stationierten französischen Truppen einen beachtlichen militärischen Faktor dar. Dies gilt umso mehr, als sie jederzeit schnell verstärkt werden können:

Zur militärischen Absicherung der umfangreichen kolonialen und neokolonialen Interessen des französischen Imperialismus in Afrika steht eine in Südwestfrankreich stationierte Eingreifdivision bereit, die speziell für Luft- und Seelandeoperationen ausgebildet und ausgerüstet ist.⁵⁾ Sie besteht aus sechs Fallschirmjägerregimenten (z.T. aus Angehörigen der Marineinfanterie und der Fremdenlegion gebildet) und übertrifft mit 16.000 Mann die Streitkräfte der meisten subsaharischen Nationalstaaten an Stärke. Gestützt auf See- und Luftstreitkräfte, die eine größere Transportkapazität und Feuerkraft repräsentieren dürften als die Flotten und Luftwaffen aller OAU-Staaten zusammen, kann diese Division jederzeit schnell an jedem beliebigen Punkt Afrikas eingesetzt werden. Dies wurde übrigens nicht nur in Manövern, sondern auch in realen Kampfeinsätzen unter Beweis gestellt: z.B. 1965 bei der Niederschlagung einer Revolte gegen das neokolonialistische Marionettenregime in Gabun; auch im Tschad sind französische Truppen seit Jahren in bürgerkriegsähnliche Kämpfe verwickelt.

Die ehemaligen französischen Kolonien im subsaharischen Afrika sind in bezug auf ihre militärische Ausrüstung und die Ausbildung von Offizieren immer noch stark von Frankreich abhängig: das Kriegsmaterial besteht in der Regel aus französischen Überschußbeständen, das Offizierskorps erhielt und erhält immer noch meist seine Ausbildung in Frankreich. Auch dienen immer noch französische Militärkader in afrikanischen Armeen - 1967 waren es 1.400 Offiziere und Unteroffiziere.⁶⁾

Nicht unerwähnt bleiben darf ferner die bedeutende Rolle, die der französische Imperialismus bei der Stärkung des gegen Afrika eingesetzten imperialistischen Militärpotentials durch die Aufrüstung Israels und Südafrikas gespielt hat bzw. spielt: Bis 1967 verfügte z.B. die israelische Luftwaffe fast ausschließlich über Kampfflugzeuge französischer Produktion; Südafrika erhielt und erhält vor allem Kriegsschiffe und -flugzeuge aus Frankreich.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Die Welt in Zahlen. Harms Statistik 1971/72, München 1971, S.290ff., S.307f.
- 2) Militärische Daten nach Angaben des "International Institute for Strategic Studies", London: The Military Balance 1971-1972 bzw. 1970-1971; R.Booth, The Armed Forces of African States, 1970 (Adelphi Papers, No.67)
- 3) Vgl. auch Wehrkunde (WK), 9/1970, S.484
- 4) Ein Bericht über diese Kolonie erscheint im AIB 2/72
- 5) Vgl. auch WK; 1/1967, S.47; 4/1971, S.216f.
- 6) Vgl. WK, 10/1968, S.543.

URUGUAY

D. BORIS, E. BORIS, WEHRHARDT:

VOM "WUNDERLAND" ZUM ARMENHAUS

Von jenem bekannten Stereotyp, welches Uruguay mit der Schweiz in Zusammenhang bringt, ist in den letzten 15 Jahren nur noch soviel richtig geblieben, daß beide Länder mit einer überalterten Bevölkerungsstruktur und zunehmenden faschistischen Tendenzen konfrontiert sind. Gleichwohl ist es zutreffend, daß Uruguay in vielen Momenten seiner Entwicklung und Sozialstruktur sich von den meisten lateinamerikanischen Ländern abgehoben hat und noch abhebt. Das relativ hohe Pro-Kopf-Einkommen (mit dem es spätestens seit Anfang der fünfziger Jahre abwärts geht), das entwickelte und formell großzügige Sozialleistungssystem, der hohe Alphabetisierungsgrad (90%), die verhältnismäßig starke Beachtung bürgerlich-demokratischer Spielregeln, die geringe Bedeutung des Militärs und der Kirche im politischen Prozess - alle diese Elemente des uruguayischen Gesellschaftssystems, die mehr oder minder stark im Abbau begriffen sind, gehen auf jene Dekaden zurück, in denen das Land mit goldenen Ketten an das imperialistische System internationaler Arbeitsteilung gebunden war und sich dabei leidlich wohlfühlen konnte.

ENTSTEHUNG URUGUAYS

Ähnlich wie andere Regionen des südlichen Lateinamerika wies das Gebiet des heutigen Uruguay keine Edelmetallvorkommen auf und blieb daher für die spanischen Eroberer zunächst relativ unattraktiv. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts wurde Buenos Aires gegründet, 1725 Montevideo. Nach La Plata strömten nun, nachdem das spanische Handelsmonopol gegen Ende des 18. Jahrhunderts praktisch zusammengebrochen war, die Reichtümer Ober-Perús. Ebenso wurde das Gebiet nun zu einem Exporteur von Häuten und Rindfleisch; der Boom berührte jedoch kaum das Hinterland beider Städte. Obgleich England während der napoleonischen Kriege (bis 1814) Verbündeter Spaniens war und ihm damit in Südamerika die Hände gebunden waren, griffen doch 1806 und 1807 britische Flotillen Buenos Aires und Montevideo an. Nachdem sich dann 1810 Buenos Aires von der spanischen Krone losgesagt hatte, weigerten sich die Kaufleute Montevideos, diese neue Autorität anzuerkennen, da sie inzwischen die Vorteile des freien Handels mit England, das wegen der Kontinental-Sperre besonders aggressiv nach neuen Märkten suchte, genutzt hatten. Ein etwa zwanzig Jahre währender Kampf gegen sowohl spanische wie portugiesische Invasionen unter dem zum Nationalhelden gewordenen José Artigas führte schliesslich 1828 zu einer selbständigen Republik Uruguay. Es war England, das Brasilien wie Argentinien zur Anerkennung einer Pufferzone von etwa 60.000 Einwohnern zwang; der neue Staat stellte ein nicht einmal von seinen Unabhängigkeitskämpfern gewolltes Gebilde dar - jenen ging es nur um Autonomie und lokale Selbstverwaltung im Rahmen eines unabhängigen La-Plata-Bundesstaates.

Jedoch brachte die Staatsgründung keineswegs eine Einstellung von Kampfhandlungen: Die ersten 40 Jahre der Republik sind durch fast permanente Aufstände und Claqueukämpfe gekennzeichnet, während derer sich zwei politische Interessengruppen herausbildeten: Colorados (Rote) und Blancos (Weisse oder Nationalisten). Sind letztere eher konservativ und klerikal ausgerichtet - dabei die Interessen der Grossgrundbesitzer vertretend -, so stehen hinter den Colorados die städtischen Manufakturbourgeois. In ihren Auseinandersetzungen koalitierten die Blancos meist mit Argentinien, das sich den neuen Staat einverlei-

ben wollte. Der Versuch einer achtjährigen Blockade Montevideos (1843 - 51) führte aber zu einer Stärkung der ökonomischen Position der Hauptstadt, nicht zuletzt auf Kosten von Buenos Aires, welches in den 30er und 40er Jahren mehrmals von Briten und Franzosen belagert wurde, die einen ungehinderten Zugang zur gesamten La-Plata-Region erstrebten. Ein anderer Rivale war Uruguay in Brasilien erwachsen, das Gebietsansprüche stellte und mehrmals militärisch intervenierte. Erst zu Beginn der 70er Jahre legten die Blancos ihre Waffen nieder, wobei ihnen 4 der 15 Departements (ab 1897 : 6) als "eigenes" Territorium überlassen wurden, während die Colorados die Zentralregierung stellen sollten, was bis 1958 auch tatsächlich der Fall war.

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

Die Phase der Prosperität, die Uruguay von etwa 1870 bis 1930 erleben konnte, geht fast ausschließlich auf die im großen Stil betriebene Viehzucht und den Export von Fleisch und Wolle zurück. Dank hervorragender Naturbedingungen (Boden, Klima), der kleinen Einwohnerzahl und der durchweg "europäischen Bevölkerung, der geringen Kapital- und Technologieerfordernisse der extensiven Viehzucht konnte Uruguay sich eine bedeutende Position auf dem Weltmarkt erobern. Die Entwicklung der Fleischverarbeitung (Kühlhäuser und Konservenindustrie), die Entfaltung des transatlantischen Verkehrs (Kühlschiffe) und der ansteigende Verbrauch der europäischen Bevölkerung waren ebenso wichtige Bedingungen dieses ökonomischen Aufstieges wie der Ausbau der Infrastruktur (Eisenbahnnetz), die vollständige Einbeziehung des agrarischen Hinterlandes in das kapitalistische System und die Stärkung der staatlichen Zentralgewalt in Uruguay. In den Jahren von 1870 bis 1913 wuchsen die uruguayischen Exporte um durchschnittlich 3,5% pro Jahr; während des Ersten Weltkrieges verdoppelten sie sich sogar. Da der Anstieg der Produktion und der Exporte das Bevölkerungswachstum weit übertraf und gleichzeitig die ökonomischen Grundlagen dieses Reichtums - die Viehzucht und die Kühlhäuser - zum größten Teil in den Händen der einheimischen Bourgeoisie verblieben, gelang es der herrschenden Klasse, sich einen beträchtlichen Teil des produzierten Mehrwerts anzueignen und dadurch - über die

Anlage im Bankensektor, Immobilienwesen, in Staatsschuldverschreibungen - Bedingungen für die staatliche Wohlfahrtspolitik zu schaffen. Ihr Beginn ist mit dem Namen des Präsidenten José Battle y Ordoñez (Colorado), der in den ersten beiden Dekaden dieses Jahrhunderts regierte, verbunden. Die Entstehung breiter Mittelschichten, die relative Befriedung der Arbeiterklasse und die gemütliche Koexistenz der beiden Hauptparteien, der Blancos und Colorados, sind auf diese ökonomische Sondersituation Uruguays zurückzuführen. Der britische Imperialismus, der bis 1914 176 Mio. Dollar (und damit die höchste auf die Bevölkerung bezogene Summe in einem lateinamerikanischen Land) vor allem im Infrastrukturbereich, im Großhandel, im Banken- und Versicherungswesen, aber auch in der Fleischverarbeitungsindustrie investiert hatte, eignete sich so den anderen Teil des im primären Bereich produzierten Mehrwerts an und half, Uruguay den imperialistischen Ausbeutungsmechanismen gegenüber zu öffnen.

Mit dem Rückgang des ökonomischen und politischen Gewichts des britischen Imperialismus und dem Auftreten anderer wichtiger kapitalistischer Länder auf dem Weltmarkt - wie den USA und dem Deutschen Reich -, die keine für Uruguay so günstige "Ergänzung" wie Großbritannien darstellten, zeichneten sich bereits Schwierigkeiten in der Fortsetzung der Exportprosperität Uruguays ab. Das starke Absinken der Exporte im Laufe der Weltwirtschaftskrise leitete in Uruguay - wie in anderen lateinamerikanischen Ländern - eine Phase der Industrialisierung auf dem Weg der Ersetzung der Importe des Massenbedarfs durch eigene Produktion ein. Hierdurch belebte sich die agrarische Produktion wieder, da sie Rohstoffe für die weiterverarbeitende Industrie bereitstellte. Die Schranken dieser auf einen extrem kleinen Markt (2 Mio. Einwohner) zugeschnittenen Industrialisierung wurden nicht offenbar, da im Zweiten Weltkrieg die Bedeutung der agrarischen Produktion wieder stark zunahm. Auf der Grundlage ansehnlicher Devisenreserven, die im Verlaufe des Krieges angesammelt worden waren und des Koreabooms entwickelte sich die Industrie (insbesondere dynamische Industriezweige) auch noch zwischen 1945 und 1955 rasch. 1950 überholte der Industriesektor den Agrarsektor in seinem Beitrag zum Sozialprodukt.

Daß jedoch diese Prosperität immer noch entscheidend auf dem Export von Fleisch und Wolle beruhte, zeigte sich spätestens seit 1955, als die noch heute währende Stagnation bzw. der Rückgang der agrarischen bzw. industriellen Pro-Kopf-Produktion einsetzte. Trotz der niedrigen Bevölkerungszuwachsrates von nur 1,3% hat sich seither die durchschnittliche Konsumtionsmöglichkeit des Uruguayers verringert. Auf die gefallenen Weltmarktpreise für Fleisch und Wolle reagierten die Großgrundbesitzer anstatt mit Erhöhung des Volumens und/oder der Verbesserung der Produktivität mit Reduzierung ihres Weltmarktangebots und der Anlage ihres Kapitals in weiteren Käufen von Land, um dieses auch fürderhin extensiv zu nutzen. Angesichts der sich beschleunigenden Inflation und der unveränderten Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande ist solches Verhalten - wie der US-Wissenschaftler R.H. Brannon feststellt - "ökonomisch rational aus der Perspektive des individuellen Investors, aber unproduktiv vom Standpunkt der nationalen Entwicklung aus".

Zwischen 1935/37 und 1959/61 fiel der zum Export bestimmte Teil der Wolle und des Fleisches von 46,4% auf 26,4%, der Anteil Uruguays am Weltmarkt für Fleisch sank von 7 auf 4%. Dieser Rückgang der agrarischen Exporte verschlechterte die Zahlungsbilanz rapide, schränkte die Rolle des Staates als Umverteiler des Nationaleinkommens ein und reduzierte die Ausgaben für öffentliche Arbeiten, Verwaltung und die Pensionäre. Gleichfalls geriet hierdurch die industrielle Entwicklung unter Druck, da die Expansion der Massenkonsumgüterindustrie an der Enge des kleinen und stark protektionierten Marktes ihre Schranken fand und die wenigen neuen und dynamischen Sektoren der Industrie (Chemie, Petrochemie) obendrein unter Devisenmangel zu leiden begannen.

Die extreme Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Städten und vor allem auch auf dem Lande (durchschnittlich sank das Realeinkommen des Uruguayers um 0,6% jährlich) drückte sich in einem Prestigeverlust der Colorados aus: Der "Reformkapitalismus", den diese Bewegung der einheimischen Industriebourgeoisie und der Zwischenschichten hatte installieren können, war offensichtlich an seine Grenzen gestoßen. Die arbeitenden Massen (vor al-

lem auf dem Land) konnten daraus aber - aufgrund der relativen Schwäche der politischen Organisationen des Proletariats - noch nicht die richtigen Konsequenzen ziehen. So konnte die (von ihrer Klassenbasis her noch konservativere) Bewegung der Blancos, die durch ihre demagogischen Wahlversprechen 1958 die 90jährige Regierungstradition der Colorados brechen konnte, sich durchsetzen. Die Blancos machten sich nun - entgegen ihren sozialen Versprechungen - daran, den von der Colorado-Partei langjährig entwickelten Protektionswall sowie das Sozialleistungssystem abzubauen. Die zunehmende Verschuldung Uruguays machte das Land den Forderungen des Weltwährungsfonds leichter zugänglich, zumal dessen wohlverstandenes Interesse dem der Regierungspartei entsprach. Nach und nach wurden die Ratschläge dieses Repräsentanten der Gläubiger, die auf eine Bestätigung und Verstärkung der bekannten internationalen Arbeitsteilung (auf der Basis der Spezialisierung auf ein Produkt) hinauslaufen, befolgt: einheitliche und "realistische" Wechselkurse, Verringerung des Kredits, Reduktion des Budgetdefizits, Einfrieren der Löhne, freie Beweglichkeit von Kapital und Waren. Jedoch alle diese Heilmittel beruhten auf einer falschen Diagnose: die defizitäre Zahlungsbilanz resultierte nicht aus einer exzessiven inneren Nachfrage, sondern aus einer strukturellen Schwäche des Exportangebots. Diese Politik, die den Staat veranlaßte, auf eine große Anzahl von Interventionen zu verzichten, führte zu einer unbedeutenden Erholung der agrarischen Produktion (trotz der zahlreichen Subventionen, die sie erhielt), zu einer Serie von Abwertungen (der Dollar wurde 1962 noch gegen 11 Pesos getauscht, 1968 jedoch mußten schon 250 Pesos gezahlt werden); der Rückgang der produktiven Investitionen war begleitet von einem spekulativen Fieber, einer massenhaften Kapitalflucht und einer Zunahme der äußeren Verschuldung. Die ökonomische Aktivität sank kontinuierlich weiter ab, insbesondere im industriellen Bereich. Die galoppierende Inflation (im Verlauf des Jahres 1967 lag die durchschnittliche Preissteigerungsrate bei 137%!) war Ausdruck eines scharfen Kampfes der verschiedenen sozialen Schichten und Klassen um die Erhaltung ihres Lebensniveaus bei stagnierendem Nationaleinkommen.

Auch das von Pacheco Areco Mitte 1968 eingeleitete "Stabilisierungsprogramm" brachte nur vorübergehende Verbesserungen - Dämpfung des Inflationstempos, Verbesserung der Handelsbilanz - und auch diese wurden dank des verhängten Lohn- und Preisstopps weitgehend von der Arbeiterklasse und den verarmenden Mittelschichten getragen. Der Prozess der Konzentration, vor allem im Banken-, Versicherungs- und Handelssektor schritt - unter maßgeblicher Beteiligung ausländischen Kapitals - weiter voran. Die Produktionsstrukturen auf dem Lande wie in der Industrie wurden kaum verändert, die Investitionsrate blieb extrem niedrig, die Irrationalität des aufgeblähten Verwaltungsapparats (von rund einer Million Erwerbspersonen sind fast 400 000 in öffentlichen oder privaten Verwaltungstätigkeiten beschäftigt) blieb erhalten und die Arbeitslosenquote stagnierte bei etwa 8%. Die Volksmassen, die sich zu Zeiten des gesicherten Reformkapitalismus immer wieder durch versöhnlich-ideologische Phrasen der Herrschenden hatten einnebeln lassen, erkannten angesichts dieser Situation immer klarer, daß die eigentlich Betroffenen der uruguayischen Krise keineswegs die einheimischen Kapitalisten waren, die ihr Schäfchen ins Trockene bringen konnten. Der in der offiziellen Propaganda so oft zitierte "Verlust eines Lebensstils" tat dem Wohlfinden der Bourgeoisies durchaus keinen Abbruch. Den Preis für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profite jedoch hatten die Werktätigen zu bezahlen. Die Propagierung privatkapitalistischer Stimulierungsprogramme hatte deshalb keine Chancen mehr. Ausdruck dieser Politisierung waren die Generalstreiks von 1969 und 1970.

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Regierung antwortete darauf mit dem Abbau des von ihr längst als Last empfundenen "demokratisch-sozialstaatlichen Lebensstils". Tausende von Arbeitern wurden festgenommen und mißhandelt, der Ausnahmezustand ausgerufen und fast alle wichtigen bestreikten Betriebe "militarisiert", d.h.: die Arbeiter wurden zwangsweise zur Armee eingezogen (und damit der Militärgerichtsbarkeit unterstellt), dann mit dem militärischen Befehl, weiterzuarbeiten, in die Betriebe zurückgeschickt und nach Feierabend in Kasernen untergebracht.

Damit wandte die Regierung Mittel an, die schon im Sommer 1968 geholfen hatten, eine Bewegung der Studenten und Schüler gegen Fahrpreiserhöhungen, der sich am Ende auch die Gewerkschaften angeschlossen hatten, zu "befrieden". Damals waren im Verlauf der Auseinandersetzungen drei Studenten von der Polizei erschossen worden. - Mit der Militarisierung des Arbeitslebens ging eine Disziplinierung der Massenmedien einher, von der berühmten uruguayischen Demokratie war nur noch die Fama übriggeblieben.

Der anti-demokratische Kampf richtete sich vor allem gegen die beiden wichtigsten Widerstandszentren: die gewerkschaftlich organisierten Betriebe und die Universitäten. - Die in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts sich formierende gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen hat heute zu einem - wenn auch losen - Zusammenschluss aller Einzelorganisationen (mit Ausnahme der in den späten 50er Jahren gegründeten US-Ableger, die nicht einmal mehr die Rolle eines agent provocateur zu spielen imstande sind) geführt, der vor allem von Kommunisten und mit ihnen sympathisierenden Sozialisten geleitet wird. Die gewerkschaftliche Basis besteht aus Arbeitern der fleisch- und wollverarbeitenden Industrie sowie aus Angestellten des Dienstleistungssektors. Zwar ist der Organisationsgrad in Montevideo relativ hoch, jedoch bleiben die Landarbeiter zum größten Teil unorganisiert. Das resultiert vor allem auch aus den besonderen Schwierigkeiten der Landarbeiteragitation: Ungefähr zwei Drittel des Agrarproletariats sind als Gauchos in den großen Rinderfarmen beschäftigt, d.h.: mangelnde örtliche Konzentration und Klassengrenzen verwischende "Treue" gegenüber dem Farminhaber. Die zweitstärkste Gruppe besteht aus den Arbeitern auf den wenigen großen Plantagen, die - zumeist in us-amerikanischem Besitz - in der Mehrzahl Zuckerrohr anbauen. Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung wie auch ihre frühere mangelnde Militanz resultiert aus der Battle'schen Reformpolitik, die den Arbeitern einen relativ hohen Lebensstandard lange Zeit garantierte. Unter den Bedingungen des ökonomischen Niedergangs setzte ein Umorientierungsprozess ein, der seit Beginn der 60er Jahre seinen Ausdruck in einer Reihe von Streiks findet. Die in der Krise von 1968 zustandgekommene Kooperation mit den Studenten stellt einen weite-

ren Schritt der Gewerkschaften auf dem Weg zu einer - über rein trade-unionistische Forderungen hinausweisenden - revolutionären Massenorganisation dar. Und nicht zuletzt haben die Aktivitäten der Tupamaros, die mit vielen ihrer Coups Streikforderungen unmittelbar unterstützten, zur Radikalisierung der uruguayischen Gewerkschaften beigetragen.

Neben dem städtischen Proletariat sind die Studenten sowie die Akademiker eine andere wichtige revolutionäre Kraft. Das resultiert vor allem auch aus ihrer sozialen Lage: Im Gefolge der reformerischen Bildungspolitik zu Anfang dieses Jahrhunderts gibt es verhältnismäßig viele Studenten aus dem Proletariat (12%) und den Zwischenschichten (48%). Die extrem schlechten Studienbedingungen und der damit zusammenhängende außerordentlich hohe Anteil der vorzeitigen Studienabbrüche nehmen den Studenten die Möglichkeit, das Studium als Sprungbrett für den Aufstieg in eine höhere Gesellschaftsschicht zu benutzen. (Dies erklärt auch die hohe Auswanderungsquote der Jugendlichen und der Intelligenz.)

Diese Situation bildet den Hintergrund für die seit den fünfziger Jahren zunehmende Radikalisierung der Studentenbewegung, die ihre ersten Erfolge 1952 (Garantie der Autonomie von Universität und Schule) und 1958 (Hochschulreform, die die Vertretung der Studenten in universitären Entscheidungsgremien einführt) erzielte. Die kubanische Revolution wurde unter den Intellektuellen stark diskutiert und erweiterte das bis dahin rein auf Bildungs- und Ausbildungsfragen beschränkte Gesichtsfeld der Studentenorganisationen. In anti-imperialistischen Kampagnen, in denen Studenten als Avantgarde auftraten, wurde erstmals ein Bündnis mit den wichtigsten Organisationen der Arbeiterklasse hergestellt, das sich seither stabilisierte. Der zentrale Studentenbund (FEUU) versteht sich längst nicht mehr nur als Vorkämpfer studentischer Interessen, sondern als Faktor im revolutionären Kampf. Er unterstützt den gewerkschaftlichen und den bewaffneten Kampf und funktioniert als Ausbildungszentrum für Kader und Kämpfer der Linksparteien.

Die politischen Organisationen der Arbeiterklasse, die auf die uruguayische Sektion der I. Internationale zurückgehen, waren anfangs stark von italienischen und

französischen Immigranten beeinflusst, und die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken waren zumeist bloße Fortsetzungen europäischer Fraktionierungen. Erst in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts wandten sie sich mehr den spezifischen Problemen der uruguayischen Gesellschaft zu. Aus dieser Zeit datieren auch die ersten Kontakte zur Gewerkschaftsbewegung, in welcher heute die kommunistische und sozialistische Partei fest verankert sind. Wie den ökonomischen Organisationen stellt sich auch den Parteien das Problem der Unzugänglichkeit großer Teile der Landbevölkerung für revolutionäre Agitation, und wie diese haben sie ihr Aktionszentrum in Montevideo. Die stärkste und bestorganisierte Partei der Linken ist die KP. Ihre organisatorische Stärke resultiert auch daraus, daß die Regierung offenbar davor zurückschreckt, ihre Publikationen zu verbieten, weil das ernstzunehmende Gegenaktionen provozieren würde. Neben intensiver gewerkschaftlicher Agitation und offensiv geführten Wahlkampagnen mißt die kommunistische Partei dem bewaffneten Kampf durchaus einige Bedeutung bei. Allerdings hält sie es für illusorisch und gefährlich, sich zum jetzigen Zeitpunkt allein auf die Gewehrläufe zu verlassen. Die - gemessen an anderen lateinamerikanischen Ländern - relativ demokratische Verfassung, die eben die gewerkschaftliche und Wahlagitatorik sowie publizistische Arbeit erst ermöglicht (in der Geschichte des Landes war die Partei zu keiner Zeit verboten!) gilt es gegen die zunehmenden Angriffe der Reaktion wirksam zu verteidigen. Deshalb stellte sich die KP Uruguays an die Spitze des demokratischen Kampfes.

Im Gegensatz dazu messen die aus der - inzwischen illegalisierten - Sozialistischen Partei hervorgehenden Tupamaros (MLN = Movimiento de Liberación Nacional) dem bewaffneten Kampf eine Schlüsselfunktion im revolutionären Prozeß zu. Für diese von ihren westeuropäischen Gefolgsleuten wohl zu unterscheidende Stadtguerilla (heute wohl die bestorganisierte und stärkste Lateinamerikas) sind bewaffnete Aktionen nicht Selbstzweck, sondern Teil einer gesamtrevolutionären Strategie, in der auch die Wahlagitatorik ihren Platz hat. Entscheidend ist nach ihrer Ansicht das Zusammenspiel gewerkschaftlichen und bewaffneten Kampfes. So dienen viele ihrer Aktio-

nen der agitatorischen und moralischen Unterstützung von Lohnkämpfen und Solidaritäts-Streiks, sowie der Aufklärung über die Machenschaften des in- und ausländischen Kapitals. Ihr Programm unterscheidet sich nicht wesentlich von dem anderer proletarischer Organisationen (Nationalisierung der Banken, der Monopolindustrie und des Großgrundbesitzes, Beteiligung der Volksmassen an wichtigen ökonomischen und politischen Entscheidungen), jedoch legt es mehr Gewicht auf die Forderungen des bisher von der traditionellen Linken stark vernachlässigten Landproletariats, was vorzüglich daraus zu erklären ist, daß die Organisation aus in den sechziger Jahren gegründeten Plantagenarbeitergewerkschaften hervorgeht. Nach anfänglichen Versuchen, das kubanische Konzept des bewaffneten Kampfes auf dem Lande zu realisieren, traten die Tupas erstmals Weihnachten 1967 mit einem propagandistisch wirksamen Überfall auf Lebensmitteltransporte und anschließender Verteilung der Beute an die Slumbewohner an die Öffentlichkeit. Die hierdurch im Proletariat und in großen Teilen der Mittelschichten erworbenen Sympathien benutzten sie in ihren weiteren Aktionen als Ansatz für wirksame antikapitalistische (z.B. Veröffentlichung von bei Banküberfällen erbeutetem Belastungsmaterial) und antiimperialistische (z.B. Entführung und Hinrichtung eines us-amerikanischen Folterspezialisten) Propaganda. Spätestens durch die Befreiung fast aller politischen Gefangenen des Landes aus dem zum militärischen Sperrgebiet erklärten Gefängnis Punta Carretas im Sommer 1971 gelang es den Tupas, den Staatsapparat der völligen Lächerlichkeit preiszugeben.

Die intensivierete politische Tätigkeit der Tupamaros und der Gewerkschaften können als Ausdruck der fast ausweglosen Lage der uruguayischen Wirtschaft begriffen werden. Die herannahenden Wahlen und der Sieg der Unidad Popular in Chile drängten die uruguayische Linke zur Bildung eines Wahlbündnisses, das nun mehr Parteien umfassen sollte als die frühere Wahlplattform FIDEL (Frente Izquierda de Liberación). Der im Februar 1971 konstituierten "Frente Amplio" (Breite Front) gehören außer der Kommunistischen Partei mehrere sozialistische und demokratische Splittergruppen, auch die Christdemokraten, Linksabspaltungen der Colorados und Blancos, die Sozialistische Partei und die trotzkistische

POR (Partido de Obreros Revolucionarios) an. Innerhalb dieses Bündnisses stellt die KP sowohl organisatorisch wie auch in bezug auf die Anhängerschaft die stärkste Gruppe dar, gefolgt von den Christdemokraten. Die Breite Front einigte sich auf ein Grundsatzprogramm, das im wesentlichen folgende Punkte enthielt¹⁾:

1. Garantie der persönlichen Freiheiten und Aufhebung aller Repressionsmaßnahmen des bestehenden Regimes.
2. Verteidigung der nationalen Souveränität und strikte Beachtung der Prinzipien der Selbstbestimmung und Nicht-Intervention. Das heißt unter anderem: Stärkung der Unabhängigkeit Lateinamerikas und Entlarvung der OAS²⁾ als Instrument des US-Imperialismus.
3. Weitgehende Verstaatlichung des Außenhandels.
4. Strukturelle ökonomische und soziale Reformen (Agrarreform und Abschaffung aller Latifundien, Verstaatlichung der Banken und Versicherungen sowie der monopolisiertesten Bereiche der Industrie, Einführung nationaler Planung, radikale Änderung der Politik gegenüber dem Internationalen Währungsfonds).
5. Reform des Bildungs- und Sozialleistungssystems und Demokratisierung und Effektivierung der politischen und Verwaltungsinstitutionen.

Obwohl bekanntlich das endgültige Wahlergebnis noch ungewiss ist, stehen die ungefähren Resultate bereits fest:

Colorados	595.000 Stimmen	(36%)
Blancos	585.000 Stimmen	(35%)
Frente Amplio	276.000 Stimmen	(20%)

Das Verschwinden von Wahlurnen aus 38 Bezirken von Montevideo, gravierende "Auszählungsirrtümer" (mit einer Schwankungsbreite von bis zu 50%) vor allem in ländlichen Gebieten und noch gar nicht ausgezählte Stimmen von solchen Wählern, deren Wohn- und Abstimmungsort differieren, sind Ausdruck der relativen Offenheit des endgültigen Wahlausganges: Rund 100.000 Stimmen könnten theoretisch noch zum endgültigen Sieg des Blanco-Kandidaten Ferreria Aldunate führen, der als Einzelkandidat die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte.³⁾

Daraus und aus der Wahlkampfpropaganda der beiden traditionellen Parteien geht hervor, wie wenig Realitätscharakter das in der bürgerlichen Presse allgemein ange-

stimmte Siegesgeschrei hat: Eine mit allen Mitteln geführte Kampagne des für die reaktionär-antidemokratische Politik der letzten Jahre verantwortlichen Präsidenten Pacheco Areco, seine Wiederwahl durch eine Verfassungsänderung zu ermöglichen, fand nicht die erforderliche Basis. Im Gegenteil sahen sich die meisten Kandidaten gezwungen, auf die sozialen und politischen Forderungen der demokratischen und sozialistischen Bewegung in ihrer Propaganda einzugehen. Demagogische Zugeständnisse mußten fast alle Kandidaten machen. Der stimmstärkste Kandidat Aldunate versuchte ein Image als entschiedener Demokrat aufzubauen. - Gleichzeitig versuchte die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Frente Amplio durch anti-kommunistische Hetze zu verteufeln. So wurden auf großen Plakaten die uruguayischen Mütter vor der Verschleppung ihrer Kinder nach Kuba (im Falle eines Sieges der Frente) gewarnt. Zudem setzte verstärkter Terror bewaffneter rechter Banditentrupps ein, während sich die Tupas während des ganzen Wahlkampfes jeder Aktion enthielten, um der Regierung keinen Vorwand zur Behinderung oder gar der Suspendierung der Wahlen zu liefern. Auf diese Weise dokumentierten die Tupas die von ihnen auch mehrmals proklamierte Solidarität mit der Frente.

Trotz all dieser Bemühungen konnte der Nachfolgekandidat und Protegé Pacheco Arecos, Borda Berry, der kurz nach den Wahlen schon durch mehrere unvorsichtig offen faschistische Bemerkungen hervorgetreten ist (wie etwa der, daß er die brasilianischen Verhältnisse durchaus für nachahmenswert halte), ungefähr nur ein Fünftel der Stimmen auf sich vereinigen. Einer Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik fehlt also jede Basis bei den Wählermassen und ist demzufolge unter auch nur partieller Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems und demokratisch-rechtsstaatlicher Institutionen keinesfalls möglich.

Bedenkt man, daß die Frente Amplio außerordentlich gestärkt und erfolgreich aus diesem Wahlkampf hervorgegangen ist, scheint diese Perspektive noch unwahrscheinlicher. Hatten die Parteien der heutigen Frente 1966 zusammen etwa 10% der Stimmen auf sich vereinigt, so gelang es ihnen nun - nach 8 Monaten Existenz der Frente Amplio - diesen Anteil fast zu verdoppeln. In

Montevideo verbesserte sie sich von 17 auf 31%, und hier gewann ihr Kandidat Liber Seregni mehr Stimmen als jeder einzelne der 10 Gegenspieler. Die Frente Amplio wird nun insgesamt 6 (von 30) Senatoren und 18 (von 99) Abgeordneten stellen, ebenso wie sie in fast allen Provinzparlamenten vertreten sein wird. Dieser Sieg ist um sogra- vierender, als - im Gegensatz zu allen anderen Kandidaten - Seregni eine Massen mobilisierende Wahlkampagne führte. Auf den größten Meetings in Montevideo waren z.T. mehr als 200.000 Werktätige, Intellektuelle und "Mittelständler" versammelt. Dazu kommt, daß die Wähler der Frente Amplio sich von denen der anderen Parteien da- durch unterscheiden, daß ihre politische Aktivität nicht auf das Ausfüllen von Stimmzetteln beschränkt bleibt. Die Wähler- schaft der Frente deckt sich fast genau mit der Anhängerschaft der verschiedenen ihr angeschlossenen Parteien. Innerhalb der Wahlagitation wurden zudem viele Par- teimitglieder hinzugewonnen, was vor allem für die kommunistische Partei zutrifft. So läßt sich für die Zukunft nur eine Ver- schärfung der Klassenauseinandersetzungen mit Sicherheit voraussagen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB Nr.6/1971
- 2) Organisation Amerikanischer Staaten
- 3) Dies ist aufgrund des geltenden Wahl- systems möglich: Die beiden großen Par- teien bestehen aus einer Unzahl klei- ner, kaum voneinander zu unterscheidender Fraktionen, von denen jede ihren ei- genen Kandidaten aufstellt. Demjenigen, der am meisten Stimmen erhält, werden die der anderen am Ende zugeschlagen.

Literaturhinweise:

- Alain Labrousse, Die Tupamaros-Stadtgue- rilla in Uruguay, München 1971
- Rudi Maslowski, Zur Lage in Uruguay, in: Blätter f. dt. u. int. Poli- tik Nr.9(1971),S.919-932
- Hans-Jürgen Puhle, Politik in Uruguay, Hannover 1968

Oberfläche	187.000 km ²	
Bevölkerung	2,886 Mio.	
Städt. Bev.	79,9%	
Bev.wachstum	1,3% jährlich	
Lebenserwartung	68,4 Jahre	
Alphabetenrate	90,5%	
Erwerbstätige	1.065.000	
Beitrag zum Bruttoinlandprodukt, nach Sektoren (1968) (in Prozent)		
Landwirtschaft	19,3	
Industrie	22,4	
Bauwirtschaft	3,6	
Güterprod.		45,3
Elektrizität, Gas, Wasser	2,0	
Transport/Kommuni- kation	6,9	
Grunddienst- leistungen		8,9
Handel und Finanz	21,0	
Regierung	8,4	
Versch. Dienstleistun- gen	16,4	
Andere Dienst- leistungen		45,8
	<hr/>	<hr/>
	100,0	100,0

"Innerhalb von acht Monaten dieses Jah- res sind 6718 Menschen in die Kommunisti- sche Partei Uruguays eingetreten. 4600 Jun- gen und Mädchen wurden Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes. Die neuen Parteimitglieder sind im wesentlichen jun- ge Menschen von 25 bis 32 Jahren, darunter machen die Frauen mehr als 30% aus."

(Aus: Probleme des Friedens und des Sozia- lismus, Nr.11(14.Jg. 1971), S.1517)

CHILE

E. BORIS:

ZUR NEUESTEN ENTWICKLUNG

Fidel Castro besuchte vom 13.11. bis zum 3.12.1971 die chilenische Republik. Sein Aufenthalt dauerte damit 24 Tage, obwohl für den Staatsbesuch ursprünglich nur 14 Tage vorgesehen waren. Fidel besuchte die Kupferarbeiter von Chuquicamapa (volkseigener Betrieb), die er an ihre revolutionäre Pflicht erinnerte, von überhöhten Lohnforderungen in der jetzigen Situation Abstand zu nehmen. Die (gemessen am chilenischen Durchschnittslohn) ohnehin schon sehr hoch bezahlten Minenarbeiter hatten eine Lohnerhöhung um 50% gefordert. Angesichts der gespannten Lage auf dem Weltkupfermarkt sieht sich die Regierung außerstande, dieser Forderung nachzugeben.

In Concepción, der zweitgrößten Stadt Chiles, mahnte Fidel die Studenten, zumeist Mitglieder der links von der Regierung stehenden MIR (Bewegung der Revolutionären Linken), zur revolutionären Einheit. Er unterstrich die Notwendigkeit, einen eigenen chilenischen Weg zum Sozialismus zu akzeptieren. Das kubanische Modell könne nicht für alle Länder Lateinamerikas übernommen werden. Im ersten Jahr der Unidad-Popular-Regierung seien mehr revolutionäre Umwandlungen eingeleitet worden als im ersten Jahr nach der kubanischen Revolution. In einer Massenversammlung in Santiago forderte Fidel die chilenischen Genossen auf, möglichen Angriffen der Reaktion entschlossen entgegenzutreten.

Auf der Rückreise machte der kubanische Ministerpräsident in Perú und Ecuador Station. Mit beiden Staaten wurde für das nächste Jahr die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart. Damit ist die seit 8 Jahren andauernde Isolierung Kubas vom lateinamerikanischen Kontinent endgültig und sinnfällig durchbrochen.

Fidels Reise stärkte ohne Zweifel die chilenische Linke und ihre Regierung ganz erheblich. Allerdings rief die demonstrative Zustimmung breiter Volksmassen zum Sozialismus spektakuläre Aktionen der Reaktion auf den Plan. Die "Momios" (= Mumien, so nennt man in Chile die Mitglieder der Oligarchie) ließen sich aus ihrer bisherigen Reserve locken und inszenierten die größten Krawalle seit Regierungsantritt. Am 1. Dezember demonstrierten abends mehrere Tausend gut gekleidete und wohlgenähr-

te Frauen der Oberklasse auf Geheiß der extremen rechten Partido Nacional und der ehemaligen Regierungspartei Partido Demócrata Cristiano gegen die Engpässe in der Lebensmittelversorgung, die als Folge des erhöhten Massenkonsums und der Klassenkämpfe auf dem Lande eingetreten sind. Die Demonstration wurde eskortiert von Schlägertrupps der rechtsradikalen Studentenorganisation "Patria y Libertad", die alsbald eine Massenschlägerei mit Teilnehmern einer von der Unidad Popular (UP) und der MIR organisierten Gegendemonstration provozierten. Die Polizei mußte mit Wasserwerfern und Tränengas Schlimmeres verhüten. Es gab 96 Verletzte. Die Regierung erließ daraufhin ein Demonstrationsverbot für ganz Chile und rief den Notstand für die Provinz Santiago aus. Zwei Radiostationen der Rechten wurde vorübergehend Sendeverbot erteilt. Um den ständig zunehmenden Obstruktionsversuchen der Reaktion auf dem ökonomischen Sektor entgegenzutreten, ging die Regierung zur Devisenbewirtschaftung über, führte differenzierte Wechselkurse ein und wertete den Escudo ab. Die Lebensmittelverteilung wird nun staatlich kontrolliert.

Den formierten Angriffen der Reaktion stehen die chilenischen Volksmassen durchaus nicht hilflos gegenüber: Die der UP nahestehende Zentralgewerkschaft CUT (Zentrale Einheit der Arbeiter) und die von der MIR organisierte FTR (Front der Revolutionären Arbeiter) haben in den Betrieben antifaschistische Brigaden aufgestellt. Außerdem sandten die Gewerkschaften eine Grußadresse an die Regierung, in der sie diese ihrer vollkommenen und aktiven Solidarität versicherten. Sowohl die Jugendorganisationen wie auch die Frauenabteilungen der sozialistischen und der kommunistischen Partei haben Gegendemonstrationen und Mobilisierungskampagnen zur Unterstützung der Volkseinheit angekündigt. Alles das ist nur ein Teil der großen Offensive gegen die faschistische Verschwörung, in deren Rahmen die Regierung eine große Manifestation (mit 600 000 Teilnehmern) gegen eine Kundgebung der Christdemokraten im Nationalstadion ankündigte.

Luis Corvalán, Generalsekretär der chilenischen kommunistischen Partei: "Das Volk versteht, daß verschiedene Schwierigkeiten existieren; sie sind ein Erbe der Vergangenheit. Aber wir werden auf keinen Fall eine Wiederholung der Zusammenrottung faschistischer Horden erlauben! Der Faschismus wird nicht siegen!"

KURZ- NACHRICHTEN

ISRAEL: Zweistufige RAKETEN, die mit einem ATOMSPRENGKOPF von 450 bis 700 kg ausgerüstet werden können, stellt Israel nach Angaben der "New York Times" her. Die Tragweite des Flugkörpers mit dem Namen "Jericho" soll 500 km betragen. (H, Nr.45/71)

ISRAEL-ÄTHIOPIEN: Wie die Beirut Wochenzeitschrift "Usbu' al- Arabi" berichtet, hat Israel entlang der äthiopischen Küste ein Radarüberwachungssystem eingerichtet und eine enge ZUSAMMENARBEIT MIT DEN GEHEIM- UND SICHERHEITSDIENSTEN ÄTHIOPIENS begonnen. Israel will auch auf äthiopischem Territorium Marine- und Luftwaffenbasen errichten, die angeblich dem Schutz der israelischen Schifffahrt und der Überwachung illegaler Waffentransporte an die Eritrea-Befreiungsfront dienen sollen. (H, Nr.48/71)

SÜDAFRIKA-SPANIEN: Nach einer Meldung von UPI verhandeln Spanien und Südafrika über den Bau von KRIEGSSCHIFFEN für die südafrikanische Marine auf spanischen Werften. (H, Nr.45/71)

SÜDAFRIKA-GROSSBRITANNIEN: Eine Gruppe von Labourabgeordneten, die eine Untersuchung über die ZUSAMMENARBEIT VON BRITISCHEN UND SÜDAFRIKANISCHEN GEHEIMDIENSTEN IN GROSSBRITANNIEN anstellte, kam zu folgenden Ergebnissen: Der südafrikanische Geheimdienst betreibt in England Einschüchterungskampagnen gegen südafrikanische und britische Apartheidgegner. Er hat wiederholt versucht, Spitzel in die Antiapartheid-Gruppen einzuschleusen. Er benutzt die Mittel der Bestechung und der Gewalt, um in England lebende Südafrikaner zu zwingen, Informationen über Gegner des Vorster-Regimes zu liefern. Der britische Geheimdienst versorgt den südafrikanischen Geheimdienst auch mit Informationen über Personen, die gegen Apartheidgesetze - wie z.B. das Paßgesetz - verstoßen haben. (The Guardian Weekly, 27.11.71)

SÜDAFRIKA-NATO: Der niederländische NATO-General H.J.KRULS äußerte nach einem Besuch in Südafrika im Juli 1971 über die APARTHEID-POLITIK, sie könne "besonders für die Bantus ... zu einer akzeptablen Lösung führen". Kruls meinte, daß Südafrika es nicht nötig habe, auf Knien um Schiffe, Waffen und Hilfe zu bitten, sondern daß die NATO-Staaten Südafrika darum zu bitten hätten, zur Aufrechterhaltung seiner Position in Afrika äußerste Anstrengungen zu unternehmen und Westeuropa und Nordamerika beim Freihalten der Seestraßen zu unterstützen. (Xray, September 1971)

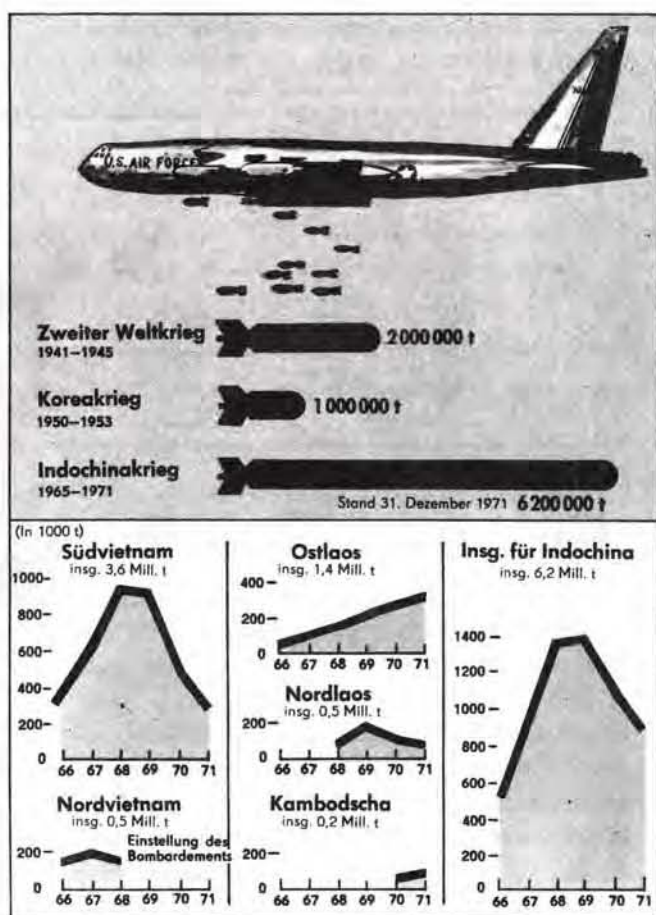
„Wenn man das nur mal praktisch ausprobieren könnte...“



SÜDAFRIKA-BRD: Helmut Haeusgen, Direktor der DRESDNER BANK, erklärte vor der südafrikanisch-deutschen Industrie- und Handelskammer in Johannesburg im März 1971, für deutsche Industrielle sei Südafrika "eine Herberge für Kapital, das sichere und lohnende Anlage sucht". Dies um so mehr, als die BRD mit der Verkürzung der Arbeitszeit und sozialistischen Tendenzen konfrontiert sei. (Rand Daily Mail, Johannesburg, 31.3.71)

USA-INDOCHINA: Le Monde berichtete über die immensen KOSTEN DES US-KRIEGES in Vietnam: "Aus den Diskussionen im amerikanischen Parlament über das Militärbudget geht hervor, daß die Landstreitkräfte im Finanzjahr 1971/72 1.566 Mio Dollar für Munition ausgeben wollen, das sind 419,4 Mio mehr als 1971. Indochina kommt tatsächlich ein vorrangiger Platz in diesem Budget zu. Das gleiche trifft auf die Luftwaffe zu, die 776 Mio Dollar für verschiedene Munition ausgeben will. Hinzugefügt werden muß, daß diese - geheimgehaltenen - Bombardierungsvorhaben bis Ende 1972 reichen." (ND, 19.11.71)

Nach einer Veröffentlichung von Wissenschaftlern der amerikanischen Cornell-Universität warf die US-LUFTWAFFE während des Indochinakrieges über Vietnam, Laos und Kambodscha 6,2 MIO TONNEN BOMBEN ab. Seit dem Amtsantritt Nixons fielen auf Indochina mehr Bomben als während des gesamten zweiten Weltkrieges und der Korea-Aggression. Diesen Luftangriffen fielen mindestens 325.000 Zivilpersonen zum Opfer. (ND, 23. 11.71)



Diese Grafik, die wir der „International Herald Tribune“ entnahmen, zeigt das Gesamtgewicht der von den Bombern der USA in Indochina abgeworfenen Bombenlasten im Vergleich zu anderen Kriegen. Sie ist ein Zeugnis der barbarischen, menschenfeindlichen Politik gegenüber anderen Völkern.

Die Ergebnisse einer Untersuchungskommission der UNO über die KRIEGSVERBRECHEN der US-TRUPPEN in Südvietnam wurden als offizielles UNO-Dokument veröffentlicht. Danach haben die US-Truppen zwischen Januar 1969 und Juni 1970 in Südvietnam durch Anwendung chemischer Kampfstoffe 1,9 Mio ha Reis- und andere Pflanzungen vernichtet. 900.000 Menschen trugen gesundheitliche Schäden davon. (ND, 28.12.71)

In einer vom INTERNATIONALEN FRIEDENS-FORSCHUNGSINSTITUT (SIPRI) in Stockholm veröffentlichten Studie heißt es u.a., daß mehr als 90.000 Tonnen CHEMISCHER GIFTSTOF-

FE zwischen 1965 und 1970 von den USA im Vietnamkrieg eingesetzt wurden. (FR, 1.12.71)

SÜDKOREA: Die südkoreanische Regierung hat am 6.12.71 wegen angeblicher Kriegsvorbereitungen Nordkoreas und wegen der Aufnahme der VR China in die UNO den AUSNAHMEZUSTAND ausgerufen. Staatspräsident Park Chung Hee begründete in einer Regierungserklärung diese Maßnahme:

" 1. Die Regierung wird von nun an den Maßnahmen für die nationale Sicherheit äußersten Vorrang einräumen; 2. Soziale Unruhen, die die nationale Sicherheit aufs Spiel setzen, werden nicht geduldet, und alle Elemente der Unruhe werden ausgeschaltet; 3. Die Presse muß sich unverantwortlicher Debatten über die nationalen Sicherheitsmaßnahmen enthalten; 4. Jeder Bürger muß bereitwillig seinen Anteil übernehmen und seine Pflicht bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit des Landes loyal erfüllen; 5. Jeder Bürger muß eine neue Gewisseinschätzung im Zusammenhang mit den Erfordernissen für nationale Sicherheit vornehmen; 6. Jeder Bürger muß entschlossen darauf vorbereitet sein, bei Eintreten des Ernstfalles um der nationalen Sicherheit willen auf einige Freiheiten zu verzichten, die er genießt." (FR, 7.12.1971)

BRD: In einem Werbebrief sucht der DEUTSCHE ENTWICKLUNGSDIENST (DED) "Fachleute aus über 100 Berufen, die den Anblick von Armut, Ignoranz und Ausbeutung ertragen können".

Der Unterausschuß "ENTWICKLUNGSLÄNDER-POLITIK" des SPD-BEZIRKS-BADEN-WÜRTTEMBERG hat Portugals Ausschluß aus der NATO gefordert, weil Portugal fast "seine gesamten Truppen in seinen Kolonialkriegen in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik" einsetze. Die Bundesregierung müsse den weiteren Einsatz von NATO-Waffen in den afrikanischen Kolonien verhindern. Der damalige SPD-Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Philip Rosenthal, wurde aufgefordert, "die durch Unterbezahlung der schwarzen Arbeitskräfte hochprofitablen Zweigniederlassungen" seiner Firma in Südafrika zu schließen oder den afrikanischen Arbeitern gleichen Lohn wie den Weißen zu zahlen. (FR, 16.11.1971)

Ein Vorstandsmitglied der HOCHTIEF AG, die am Bau des CABORA-BASSA-STAUDAMMES beteiligt ist, unternahm auf der Jahreshauptversammlung seines Konzerns Rechtfertigungsversuche für dessen Beteiligung am Staudamm-Projekt: Der Andrang von schwarzen Arbeitskräften sei wegen des hohen Lohnes - ein ungelernter afrikanischer Arbeiter erhält monatlich 100,- DM - und der "außerordentlichen Attraktivität des Arbeitsplatzes" sehr groß. (Portugal Report Nr.9/1971, S.4)

BRD-THAILAND: Nach dem MILITÄRPUTSCH vom 17.11.1971 in Thailand war Bundesverteidigungsminister HELMUT SCHMIDT der erste offizielle Besucher bei Feldmarschall Kittikachorn, dem Vorsitzenden des Nationalen Exekutivrates, der sofort nach dem Putsch das Parlament aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt hatte. Der Staatsstreich zeige, schreibt die führende DRV-Zeitung "Nhan Dan", daß die Reaktion angesichts der wachsenden Befreiungsbewegung in Thailand in Panik geraten sei. Selbst zahlreiche thailändische Senatoren hätten offen die Politik der Gleichschaltung mit den USA kritisiert. Sie forderten einen unabhängigen außenpolitischen Kurs und Demokratie im Innern. (ND, 23.11.71)

PERU: Die Militärregierung Perus hat beschlossen, 80% des Kapitals aller PRIVATBANKEN zu übernehmen. Neu zu gründende Banken müssen zu 100% in Staatsbesitz sein. Die peruanische Regierung hatte kurz nach ihrem Amtsantritt durch die Nationalbank bereits 85% der größten Privatbanken aufkaufen lassen; um auszuweichen, hatten in- und ausländische Kapitalisten mehrere Banken gegründet, die jetzt enteignet wurden. Damit hat die NATIONALISIERUNGSPOLITIK der Regierung ein neues entscheidendes Stadium erreicht. Peru hatte bereits den bedeutendsten ausländischen Konzern des Landes, die Petroleum-Firma IPC, übernommen. (ED, 8.12.71)

PERU: Die peruanische Regierung ist entschlossen, mit der ideologischen Vergiftung der Bevölkerung, besonders der Jugend, Schluß zu machen. Diesem Zweck dient ein Gesetz, demzufolge 51% des Aktienkapitals der FERNSEHGESELLSCHAFTEN und 25% des Kapitals der Rundfunkgesellschaften ENTEIGNET

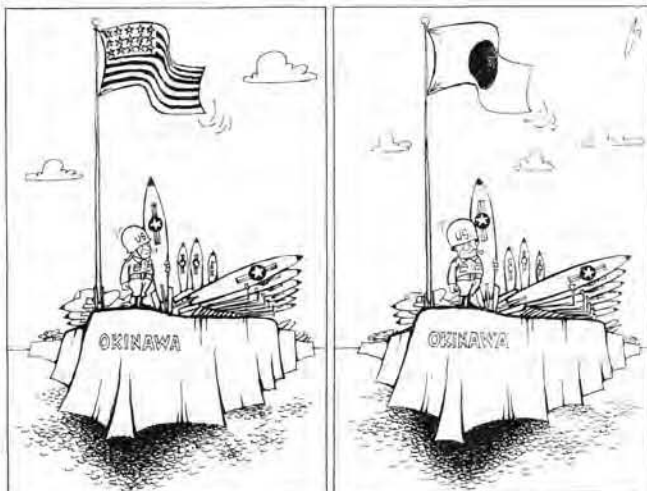
werden. Die Maßnahmen richten sich in erster Linie gegen die Pan-Americana Television S.A. und die Bego Television und acht private Rundfunksender in Lima sowie 50 Sender in der Provinz, die als Sprachrohr der USA und der Reaktion in Peru gelten. Der Minister für Transport und Verkehrswesen, General Meza Cuadra, hatte bei der Verkündung des Gesetzes nachgewiesen, daß 90% der Publikationen im peruanischen Fernsehen und Rundfunk von unkontrollierten Privatgesellschaften ausgingen. Das Fernsehprogramm bestand z.B. zu 37% aus Reklamesendungen großer Monopolfirmen. (ND, 13.11.71)

LATEINAMERIKA: Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (Comisión económica para America latina - CEPAL) kam - wie die der westdeutschen Monopolbourgeoisie nahestehende Zeitung Blick durch die Wirtschaft feststellt - in ihrer Studie zu Schlußfolgerungen, die die zunehmend "nationalistischen Auffassungen in der Wirtschaftspolitik der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder" verstärkten und die "Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung den ausländischen Investoren in vielen Ländern gemacht werden", erhöhten. Die CEPAL-Experten hatten gefordert, daß "ausländische Investoren sich bei ihren Dispositionen den souveränen Entscheidungen jedes Staates unterwerfen" müßten, "ohne einen Druck von außen auf diese Länder auszuüben. Bei der Prüfung dieser Fragen sind die CEPAL-Experten zu der Auffassung gelangt, daß die Direktinvestitionen des Auslandes in den meisten lateinamerikanischen Ländern in ihrer Wirkung negativ gewesen seien, und daß in den Jahren 1950 bis 1969 für jeden Dollar, der in diesen Ländern investiert wurde, 10 für Abschreibungen und Gewinne ins Ausland gegangen seien." Diese Relation werde von "neutralen" Beobachtern allerdings als übertrieben betrachtet. (Blick durch die Wirtschaft, 2.12.71)

DRV: Zwischen der Demokratischen Republik Vietnam sowie den Königreichen NORWEGEN und DÄNEMARK sind diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufgenommen worden. (ND, 26.11.71)

JAPAN: ZWEI MILLIONEN ARBEITER sind in Tokio und anderen japanischen Städten in den STREIK getreten, um ihren Protesten gegen die Ratifizierung des japanisch-amerikanischen Vertrages über die "Rückgabe der Insel OKINAWA" Nachdruck zu verleihen. Die Streikenden fordern die völlige Rückgabe der Insel ohne die weitere Stationierung von Atomwaffen und ohne die Beibehaltung von amerikanischen Militärbasen. Ferner verurteilen sie den japanisch-amerikanischen "Sicherheitsvertrag".
(ND, 20.11.71)

Das Okinawa-Abkommen – ein Fetzen Papier oder ein Stück Tuch



MOCAMBIQUE: Nach Berichten von Jorge Vieira, Mitglied der FRELIMO, entwickelten sich die KAMPFHANDLUNGEN DER FRELIMO zwischen Juni 1968 und Juni 1970 in den verschiedenen Provinzen folgendermaßen:

Kampfhandlungen	Provinz	6/68 bis 6/69	6/69 bis 6/70
Angriffe mit Hinterhalten gegen feindliche Operationen	Cabo		
	Delgado	54	195
	Tete	53	119
Angriffe auf feindliche Stützpunkte	Nyassa	50	143
	Cabo		
	Delgado	7	24
Zerstörte Militärfahrzeuge	Tete	10	22
	Nyassa	11	18
	Cabo		
Getötete feindliche Soldaten	Delgado	37	121
	Tete	62	118
	Nyassa	25	72
	Cabo		
	Delgado	234	690
	Tete	131	612
	Nyassa	160	553

(tricontinental, 24/1971)

Von besonderem Interesse ist hierbei die Entwicklung in der Provinz Tete, in der

sich der Cabora Bassa-Staudamm im Bau befindet, da das portugiesische Kolonialregime jede Guerillaaktivität in dieser Region leugnet.

MOCAMBIQUE: Der Vizepräsident der FRELIMO, Marcelino dos Santos, erklärte, daß die Armee der FRELIMO nun 10.000 MANN stark sei und ein Viertel des Landes, d.h. 200.000 KM² unter Kontrolle habe. Große Hilfe erhalte die FRELIMO von Tansania und Sambia sowie den sozialistischen Ländern, die sie mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und militärischer Ausrüstung versorgten.
(Standard (Tansania), 2.11.1971)

ANGOLA: Der Direktor des Gesundheitsdienstes der MPLA, Dr. Eduardo Santos, kommentierte das VERBOT DER REGIERUNG des Kongo (Kinshasa) – heute Zaire –, daß MPLA-Kämpfer bei ihren Operationen gegen portugiesische Soldaten kongolesisches Territorium nicht betreten dürfen: "Der Kongo verweigert uns noch immer das Recht auf Durchzug trotz der Tatsache, daß mittlerweile der OAU (Organisation für afrikanische Einheit, d.Red.) und den meisten Mitgliedsländern klar geworden ist, daß die MPLA die stärkste Kraft gegen die Portugiesen in Angola darstellt." Der Kongo unterstützt die vom CIA-Agenten Holden Roberto geführte "Exilregierung Angolas", GRAE. Es hat nach Aussagen von Dr. Santos den Gesundheitsdienst der MPLA gezwungen, das kongollesische Territorium zu verlassen. Dr. Santos rief zur Unterstützung des ersten KRANKENHAUSPROJEKTES in den befreiten Gebieten auf. Nachdem die MPLA über qualifizierte Ärzte und Krankenschwestern verfüge, stünden ihr nun auch eigene Techniker und Bauleute, um das Krankenhaus aufzubauen, zur Verfügung. Dr. Santos berichtete auch über die Anwendung von HERBIZIDEN durch die Portugiesen, durch die die Zivilbevölkerung gezwungen werden sollte, sich unter den sogenannten Schutz der portugiesischen Siedlungen zu begeben. ("Times of Zambia", 11. Oktober 1971)

USA: In 17 Städten der USA veranstalteten in der ersten Dezemberwoche 1971 die Gegner des US-Krieges in Indochina KUNDGEBUNGEN und DEMONSTRATIONEN. Sie wurden von der "Koalitionsaktion für den Frieden" organisiert. Es wurde der sofortige und völlige Abzug der amerikanischen Truppen aus Südostasien gefordert. (FR, 8.12.71)

DDR: Mehr als 900.000 MARK haben die evangelischen Gemeinden in der DDR als ihren Beitrag zum ökumenischen Anti-Rassismus-Programm gespendet. Damit ist das Sammlungsziel von einer halben Million Mark weit überschritten worden. Der BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN hat mit dem afroasiatischen Solidaritätskomitee der DDR konkrete Projekte zur Unterstützung der Bautätigkeit afrikanischer Befreiungsbewegungen vereinbart. So sind z.B. 300 000 Mark zur Mitfinanzierung eines in der DDR hergestellten Schulbuches für den Elementarunterricht in Mathematik in portugiesischer Sprache bestimmt, das von den in den portugiesischen Kolonien kämpfenden Befreiungsbewegungen gebraucht wird. Weitere Beträge sollen der Unterstützung eines von der FRELIMO in Tansania unterhaltenen Krankenhauses dienen. (FR, 6.10.71)

BRD: Anfang Dezember 1971 führte die DEUTSCHE JOURNALISTEN-UNION in Springen ein Seminar "Presse und Dritte Welt" durch, das die Bildung einer Arbeitsgruppe "Dritte Welt" zum Ergebnis hatte. 24 der anwesenden 35 Journalisten unterzeichneten die Forderung nach Einrichtung eines INFORMATIONSBÜROS der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik SÜDVietNAM in der BRD.

BRD: Die HILFSAKTION VIETNAM konnte bisher für 3 Millionen DM Medikamente, medizinische Instrumente und Krankenhausabteilungen für die zivilen Opfer des Krieges in Nord- und Südvietnam zur Verfügung stellen. (FR, 6.11.71)

BRD: Im Dezember 1971 schloß die Regierung der BRD mit der US-Regierung einen Vertrag, nach dem die BRD den USA für die Jahre 1972/73 6,65 Mrd. DM als "DEWISEN-AUSGLEICH" für die Stationierungskosten der US-Truppen in der BRD zahlen soll. Diese 6,65 Mrd. DM sind gerade jetzt, wo die USA erstmalig seit 1893 eine negative Handelsbilanz aufweisen, für die weitere Finanzierung der Aggression gegen die Völker Indochinas von besonderer Bedeutung. Angesichts dieser erneuten Unterstützung der US-Aggression ist die Schlußpassage der Rede von BRD-Kanzler Brandt anlässlich der

Verleihung des FRIEDENS-NOBELPREISES in Oslo als Ausdruck purer Heuchelei zu werten: "... ich kann nicht aufhören, ohne Sie und mich an die zu erinnern, die in diesem Augenblick im Krieg leben und leiden, vor allem auf dem indischen Subkontinent und in Vietnam. Ich beziehe die Menschen im Nahen Osten und in anderen Krisengebieten mit ein. Mir ist nicht nach dem lauten Appell zumute. Es ist leicht, von anderen Maß, Vernunft, Bescheidung zu fordern. Aber diese Bitte kommt mir aus dem Herzen: Alle, die Macht haben, Krieg zu führen, möchten der Vernunft mächtig sein und Frieden halten." (SZ)



...und sagte kein einziges Wort, nämlich Brandt.
Copyright: „die tat“

BRD: Das "Uzetchen", die Kinderseite der sozialistischen Wochenzeitung "Unsere Zeit" (UZ), hatte seine Leser unter dem Motto: "KINDER HELFEN KINDERN IN VIETNAM" zur Unterstützung des Wiederaufbaus des durch US-Bomben zerstörten Kinderkrankenhauses in Haiphong aufgerufen. Es wurde u.a. eine Malaktion "Solidarität" durchgeführt, an der sich 214 Kinder beteiligten. Der größte Teil der Bilder hat den Krieg in Vietnam und den Kampf um die Freilassung der kommunistischen Bürgerrechtskämpferin ANGELA DAVIS zum Thema. Die Kinder sammelten ferner Geld und veranstalteten Bazare. Nach dem Stand vom 1.1.1972 beträgt das Ergebnis der Solidaritätsaktion 9.100 DM. Die Sammlungen werden fortgesetzt: die Adresse von "Uzetchen" ist Redaktion Unsere Zeit, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 77

INDOCHINA: In den vergangenen Wochen und Monaten haben die US-Aggressoren und ihre Marionetten trotz erneuter Verschärfung ihrer Kriegsanstrengungen an allen Fronten des indochinesischen Kriegsschauplatzes schwere Niederlagen und große Verluste erlitten: In KAMBODSCHA haben die Befreiungstreitkräfte in mehrmonatigen schweren Kämpfen an der Straße No.6 nördlich der Hauptstadt den Marionettentruppen eine vollständige Niederlage bereitet; mehr als 12.000 Marionettensoldaten wurden getötet oder verwundet, zusätzlich mehrere Tausend gefangen genommen. In LAOS gelang den Befreiungstreitkräften nach viertägigem Kampf im Dezember die Rückeroberung der strategisch wichtigen "Ebene der Tonkrüge" im Norden des Landes, wobei u.a. 11 laotische und thailändische Söldnerbataillone vernichtet und 17 Flugzeuge abgeschossen wurden; nach Meldungen von Anfang Januar 1972 haben die Befreiungstreitkräfte ihren Vormarsch weiter fortgesetzt und Long Chenh, das Hauptquartier der CIA-Söldner des "General" Vang Pao, eingeschlossen. VIETNAM: Unter Bruch ihrer im November 1968 eingegangenen Verpflichtung bombardierte die US-Luftwaffe erneut fünf Tage lang mit allen verfügbaren Kampfflugzeugen die DRV; die Zivilbevölkerung erlitt beträchtliche Verluste, zwischen dem 26. und 30.12. wurden 19 Luftpiraten abgeschossen. (Vietnam Courier und Laos News vom Dezember 1971)

LIBYEN ENTEIGNET BP

Wegen der passiven Haltung der "Schutzmacht" Großbritannien zur widerrechtlichen Besetzung der Insel Abu Dhabi sowie der großen und kleinen Tunb-Insel im arabischen Golf durch Persien hat Libyen am 7.12.1971 die Verstaatlichung der Ölgesellschaft verfügt, an der die britische Regierung mit 48,6% beteiligt ist, und angekündigt, es werde alle libyschen Guthaben auf britischen Banken (ca. 5 Mrd. DM) zurückziehen.

Der Investitionswert der BP-Anlagen in Libyen beträgt zwischen 75 und 100 Mio Pfund (NZZ v.10.12.71). Die Gesellschaft, die in Libyen zusammen mit der US-amerikanischen Erdölgesellschaft Bunker Hunt operiert, hat dort 1970 10 Mio Tonnen Rohöl produziert, das sind ca. 5% ihrer Gesamtproduktion. Obwohl die libysche Regierung eine Entschädigung angeboten hat, droht der britische Konzern mit Repressalien, indem er erklärt, er werde jeden Abnehmer von Rohöl, das aus

ehemaligen Anlagen der BP stammt, gerichtlich verfolgen. (NZZ v.15.12.71)

Der Irak, der nach den Zwischenfällen im Golf die Beziehungen zu Großbritannien und dem Iran abgebrochen hat, erwägt ebenfalls eine Nationalisierung der Irak Petroleum Company. (Le Monde v.19.11.71)

VENEZUELA

Volksfront in Venezuela

Die "Nationale Volksfront Venezuelas", zu der sich die Kommunistische Partei, die Republikanische Demokratische Union und die "Wahlbewegung des Volkes" zusammengeschlossen haben, hat jetzt ihr Programm veröffentlicht. Es wird bei den Wahlen Mitte 1973 zur Abstimmung stehen. Wichtigste Punkte: Wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes von ausländischen Monopolen, Sozialisierung von Grund und Boden, Nationalisierung des Erdöls. (Extradienst, Dezember 1971)

VENEZUELA-USA: Auf Beschluß der Regierung des konservativen christdemokratischen Präsidenten Rafael Caldera ist der venezolanisch-amerikanische Handelsvertrag aufgekündigt worden. Dies ist nach der Verstaatlichung des Erdgases, der Übernahme der Erdölkonzessionen und der Verstaatlichung der erdölverarbeitenden Industrie bis 1983 ein weiterer Schritt in der Politik des "demokratischen Nationalismus" Calderas, der vor allem auf den parlamentarischen Druck der Volksfrontparteien zurückzuführen ist. Die Aufkündigung des Handelsvertrages ermöglicht es Venezuela, sich weiter vom US-Imperialismus zu lösen, seine Industrialisierung zu beschleunigen und stärker als bisher auf den internationalen Märkten aufzutreten. Der venezolanisch-amerikanische Handelsvertrag war im Jahre 1939 abgeschlossen und 1962 revidiert worden. Er bedeutete stets eine "Zwangsjacke", da er die Wirtschaft Venezuelas total von den US-amerikanischen Märkten abhängig machte. Im Jahr 1969 beispielsweise wurden 32,6 Prozent des venezolanischen Exports vom US-Markt aufgenommen, 51,7 Prozent des Imports kamen aus den USA. (FR , 6.1.72)

H = Horizont
ND = Neues Deutschland
FR = Frankfurter Rundschau
ED = Extra Dienst
SZ = Süddeutsche Zeitung